

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Villalen monatl. 4.50 zl.
mit Zustellgeld 4.80 zl. Bei Postbezug monatl. 5.39 zl.
vierteljährlich 16.16 zl. Unter Streifband in Polen monatl. 8 zl. Danzig
3 zl. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsförderung usw.) hat der Bezieher keinen Anspruch
auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Betrieb-Nr. 594 und 595.

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Anzeigenpreis: Die einseitige Millimeterzeile 15 gr, die einseitige
Nellamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platz-
vorschift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Überstellung von Anzeigen
schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der An-
zeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postleitzahlen: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 253.

Bromberg, Freitag den 4. November 1932.

56. Jahrg.

Zeitenwende."

Unter dieser Überschrift schreibt der nationaldemokratische "Kurier Poznański" in seinem Leitartikel vom 3. November über den Herrichtschen Abrüstungsplan u. a. was folgt:

"In der Abrüstungsfrage ist eine grundsätzliche Wendung eingetreten. Frankreich hat ein neues Sicherheitsprojekt ausgearbeitet, das morgen (am 3. November) dem Präsidium der Abrüstungskonferenz in Genf vorgelegt werden soll. Über das Projekt äußerte sich Herricot in der französischen Deputiertenkammer. Die größte Sensation und Originalität besteht in der Absicht, die Berufsarmeen, also auch die Reichswehr, aufzuheben. Frankreich verlangt, daß die Heere in allen Ländern aufdere allgemeinen Dienstpflicht und auf einer verkürzten militärischen Dienstzeit basieren sollen. Frankreich selbst stellt bei sich eine Verkürzung der militärischen Dienstpflicht von 12 auf 9 Monate in Aussicht. Das französische Projekt führt also das Militärsystem ein, nach dem Muster der Schweizer Armee. Offensichtlich bedeutet die Aufhebung der Reichswehr eine Revision des Versailler Vertrages. Bei der Begründung seines Projektes erklärte Ministerpräsident Herricot, daß Marschall Foch auf der Friedenskonferenz sich der Einführung einer Berufsarmee in Deutschland widergesetzt habe. Der Gedanke stammte von Lloyd George und hatte ungünstige Folgen, da er es den Deutschen ermöglichte, eine Armee (?) von hervorragend offensivem Charakter (?) zu schaffen, die — wie sich jetzt gezeigt hat — für die reaktionären Regierungen eine Stütze bildet. Deutschland will nach dem Wunsche des Generals von Seeckt seine Berufsarmee beibehalten und außerdem eine Miliz schaffen. Das französische Projekt ist mit der Miliz vereinbar, will indessen die Reichswehr aufheben.

"Es unterliegt keinem Zweifel, daß die neuen Abrüstungsprojekte Frankreichs ein grundsätzliches Zugeständnis an Deutschland bedeuten, da sie in der Abrüstungsfrage im Grunde auf dem Boden des gleichen Rechts stehen. Seine Zugeständnisse will Frankreich auf Grund der Stärkung der Sicherheitsgarantien gewähren, durch Einführung einer internationalen Kontrolle über die Rüstungen, durch Schaffung einer gewissen internationalen Rüstung, die dem Völkerbund zur Verfügung gestellt werden soll, sowie auf Grund der Erlangung einer Verpflichtung von Seiten der Vereinigten Staaten, den Kellogg-Pakt im Falle seiner Verletzung zu schützen, ferner durch Verstärkung der Sicherheits-Garantien im Art. 16 des Völkerbundpaktus, der davon spricht, daß die Mitglieder des Bundes verpflichtet sind, mit dem Angriffsstaate zu brechen, und schließlich auf Grund der Ausdehnung der Grundsätze des Locarno-Paktes auf alle Staaten, was in der Praxis gleichbedeutend mit der Einführung des sogenannten Ost-Locarno, d. h. mit der Garantie der polnischen Grenzen wäre.

"Der französische Plan rief großes Aufsehen her vor, und sicherlich wird er von niemandem abgelehnt werden, sondern als sogenanntes Diskussionsmaterial dienen. Selbst Deutschland, das von einem Ost-Locarno nichts wissen und sich von der Reichswehr nicht trennen will, wird zweifellos in dem französischen Plane die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen sehen. Frankreich rechnet auch darauf, daß die Vereinigten Staaten, die durch die Lage im Fernen Osten und durch die Möglichkeit eines Konflikts mit Japan beunruhigt sind, geneigt sein werden, sich an die europäischen Staaten anzuschließen und ihnen ihre Unterstützung zu leihen, deren sie selbst möglicherweise bedürfen.

"Der französische Ministerpräsident Herricot erklärte bei der Vorlage seines Planes in der Kammer mit großer Bewegung, daß dieser Plan einen grundlegenden Charakter habe, und daß Frankreich sich am Vorabend einer Entscheidung befindet, von der das Leben seiner folgenden Generationen abhängig sein würde. Wenn man den Ernst der Stunde in Frankreich so beurteilt, was soll man dann von Polen sagen, dessen Lage infolge der Wendung, die in den Abrüstungsverhandlungen eintreten wird, einer radikalen Änderung unterliegen kann? Aber geben sich bei uns alle von dem Ernst der Stunde Rechenschaft?"

Paul-Boncour reist nach Genf.

Paris, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Kriegsminister Paul-Boncour ist Mittwoch abend nach Genf abgereist, um als Führer der französischen Abordnung an den kommenden Beratungen des Abrüstungsausschusses teilzunehmen. Paul-Boncour wird am 4. d. M. in einer großen Rede den französischen Sicherheits- und Abrüstungsplan entwickeln, der nach der Rückkehr des Ministerpräsidenten nach Paris den an der Abrüstungskonferenz beteiligten Mächten unterbreitet werden soll. Die Sonderregierung wird bei den kommenden Arbeiten durch ihren Pariser Botschafter Domagalski vertreten sein.

London gegen ein Ost-Locarno.

Die amtliche polnische Telegraphenagentur "PAT" veröffentlicht Stimmen der englischen Presse, die sich mit dem Herricot-Plan auseinandersetzen.

So stellt im "Observer" der englische Politiker Garvin die Behauptung auf, daß es bei Herricot's Sicherheitsprojekt nicht um West- sondern um Osteuropa gehe. Herricot wandle in den Spuren Poincarés und Tardieu's. Der "polnische Korridor" soll nach seinem Wunsche Ostpreußen auch weiterhin vom übrigen Deutschland trennen. Garvin schreibt dann weiter: "Für die strikte Aufrechterhaltung der europäischen Ostgrenzen und nicht für den Schutz seiner eigenen Grenzen wünscht Frankreich diese Weltgarantie. Nie wird es sie erhalten. Weder jetzt noch jemals wollen weder Britannien noch die Dominien noch die Vereinigten Staaten irgend etwas damit zu tun haben. Nie werden sie kämpfen für die Unberührbarkeit der Versailler Grenzen in Europa."

Die kritische Lage im Nachkriegseuropa werde andauern, wenn nicht eine Änderung der deutsch-polnischen Grenzen zugelassen werde. Falls es zu einer deutsch-französischen Einigung auf Grund einer verständigen

Revision komme, könne auch die Abrüstung und eine Verstärkung des Völkerbund-Prestiges durchgeführt werden. Ebenfalls sei dann eine Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit Europa sicher.

Die PAT bemerkt zu diesen Ausführungen, daß sie die Rüstungsgleichberechtigung nur als erste Etappe ansehe. Die PAT führt dann noch einen Artikel aus der Zeitung "Sunday Dispatch" des Lord Rothermere an, in dem Frankreich unterstellt wird, für ein Ostlocarno einzutreten. "Sunday Express" fordert sogar, daß England sich von dem Vertrag von Locarno zurückziehen solle. "In diesem Vertrag verpflichten wir uns, in den Krieg zu ziehen für die Verteidigung des Europas von Versailles, das heißt praktisch für die Verteidigung Frankreichs; denn keine andere Nation ist von der Versailler Regelung betroffen."

Das Blatt führt dann den Ausspruch Mussolini's an, daß keine Verträge ewig währen. Zum Schlusserklärt es, daß „es unfair wäre, die französischen Freunde durch einen Mangel an Freimütigkeit im Zweifel darüber zu lassen, daß Großbritannien nicht bereit ist, das Leben seiner Söhne für die Aufrechterhaltung jeder Grenzlinie einzuziehen, die vor 18 Jahren in die Karte Europas eingezeichnet worden ist.“

Rücktritt des Außenministers Zaleski.

Oberst Beck zu seinem Nachfolger ernannt.

Warschau, 3. November.

Amtlich wird mitgeteilt, daß der Außenminister August Zaleski an den Ministerpräsidenten die Bitte gerichtet hat, dem Präsidenten der Republik den Antrag zu unterbreiten, ihn von seinem Amt als Außenminister zu entheben. Der Staatspräsident hat diesem Antrag stattgegeben und die Demission angenommen.

Auf Antrag des Ministerpräsidenten hat der Präsident der Republik den bisherigen Unterstaatssekretär im Außenministerium, Oberst Beck, zum Außenminister ernannt.

Somit hat sich eine schon seit einigen Monaten in den politischen Kreisen bekannte oft wiederholte und ebenso oft energisch dementierte Voransage als richtig erwiesen. August Zaleski hat plötzlich, aber nicht unerwartet die Leitung der polnischen Außenpolitik niedergelegt. "Leitung" ist eigentlich zu viel gesagt; denn der eigentliche Leiter der polnischen Politik, auch der Außenpolitik, war und ist, wie aus Erklärungen verschiedener früherer Minister hervorgeht, der Marschall Piłsudski, dem schon bisher mit sehr großem Einfluß der Unterstaatssekretär im Außenministerium, Oberst Beck, zur Seite stand. Oberst Beck hat auch die Nachfolge Zaleskis angetreten. Der Wechsel bedeutet im Grunde nicht mehr als die formelle Bestätigung eines schon bestehenden Zustandes. Der jetzt zurückgetretene Außenminister.

August Zaleski.

Der zurückgetretene Außenminister August Zaleski stammt aus Kongresspolen und ist am 18. September 1883 geboren. Er absolvierte das Gymnasium in Warschau und sodann die ökonomische Fakultät der Universität in London. Er war dann späterhin wissenschaftlich auf dem Gebiet der Geschichte und der Volkswirtschaft tätig. In der Zeit von Februar 1915 bis Ende 1916 hielt er sich in London in Propaganda-Angelegenheiten zugunsten Polens auf. Von 1916 bis 1918 war er Lektor der polnischen Sprache und Literatur im King's College der Londoner Universität. Am 1. Oktober 1918 wurde er zum Abteilungschef des Staatsdepartements ernannt, im Jahre 1919 war er Leiter der polnischen Vertretung in Bern, dann außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister in Athen. Am 1. Januar 1921 wurde er in die Zentrale berufen, wo er die Leitung des politischen Departements übernahm. Am 12. Oktober 1921 erfolgte seine Ernennung zum Departementsdirektor im Außenministerium, wo ihm gleichzeitig die Leitung der politischen Fragen anvertraut wurde. Am 18. März 1922 wurde er zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Quirinal in Rom ernannt. Am 3. März 1926 (d. h. wenige Wochen vor dem Umsturz) wurde er zur Disposition gestellt; aber schon am 15. Mai desselben Jahres ernannte ihn der Sejmmarshall in Vertretung des Präsidenten der Republik zum Leiter des Außenministeriums. Am 25. Juni 1926 erfolgte seine endgültige Ernennung zum Außenminister. Dieses Amt hat Zaleski bis gestern bekleidet. Er hat seinen Posten ausgefüllt als ein treuer Sachwalter der Meinung Piłsudskis. Seine größten Erfolge errang er in Genf, wo es ihm gelang, Polen ganz nahe an die Front der Großmächte heranzuführen. Er gehörte ohne Zweifel zu den Grünen der Völkerbundspolitik, mit rednerischem Überchwang, mit Bähigkeit und Schärfe hat er vor diesem Gremium manchen Erfolg über seine Gegenspieler davongetragen. Er und Beneš waren die geschicktesten Sekundanten der französischen Politik, die sich, und damit ihrem Panzer, Gehör zu verschaffen wußten.

Die Aufrechterhaltung und Förderung der französisch-polnischen Freundschaft trotz aller Entlassungen, die Polen in Paris erleben mußte, war aber nicht die bezeichnendste Tätigkeit des scheidenden Außenministers. Mit Frankreich kam schließlich jeder Pole verhandeln. Nicht aber mit England. August Zaleski, der in den letzten Jahren eine immer mehr vereinsamte Stellung in seinem Kabinett einnahm, wurde vor allem deshalb gehalten, weil er durch sein Studium und seinen langjährigen Aufenthalt in England über hervorragende Beziehungen in London verfügte, die er für sein Land ausgenutzt zu nutzen mußte.

Die sogenannte Tyrell-Gruppe der englischen Diplomatie, die in der Bureaurkratie des Londoner Außenamtes auch dann noch mächtig blieb, als unter der Amts Macdonald-Henderon die englisch-französischen Beziehungen vorübergehend eine Abklühlung erfuhren, stand mit Zaleski in enger Verbindung. Nur wer diese einzigartige Stellung jenes Ministers, der neben Piłsudski als einziger vom Mai 1926 bis heute in der Polnischen Regierung verblieb, zu würdigen weiß, wird auch die Bedeutung seines Rücktritts an beurteilen vermögen. Zu diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß der "Kurier Warszawski" eine schnelle Beendigung der Muße Zaleskis ankündigt und seine bevorstehende Ernennung zum polnischen Botschafter in London angekündigt. Mit dieser Ernennung dürfte in der Tat zu rechnen sein.

Weniger Erfolg und Anklang fand Zaleskis Politik in der Heimat. Den meisten Polen war er immer noch nicht schriftlich genug. Die radikalen Nationaldemokraten sahen in Zaleski den schwachen Punkt des Regiments Piłsudski und haben immer und immer wieder hier den Angriff angeholt. Mit der Zeit trübt sich ancheinend auch das Verhältnis zwischen Piłsudski und Zaleski, selbst die jüngsten Erfolge konnten den Gang der Dinge nicht mehr aufhalten.

In der Minderheitenfrage hat Herr Zaleski die bekannte polnische Politik vertreten, die seinerzeit in Lausanne an dem bekannten Faustschlag Stresemanns führte. Bisweilen war Zaleski nicht immer mit dem Herzen bei der Verteidigung dieser Sache; aber er sah sich gezwungen, jene Linie außenpolitisch zu vertreten, die seine Ministerkollegen für die innere Politik des Landes für richtig hielten. Zaleskis Stellung in Genf war sachlich nicht leicht. Seine Beziehungen und sein diplomatisches Geschick konnten aber die polnische Politik immer noch erfolgreich gestalten.

Zaleski über seinen Rücktritt.

Auf die Meldung von der Änderung auf dem Posten des Außenministers wandte sich der Vertreter der Iskra-Agentur an Minister Zaleski mit der Bitte, ihm die Gründe seines Rücktritts mitzuteilen. Herr Zaleski erklärte:

"Länger als sechs Jahre übte ich die beschwerlichen Pflichten des Außenministers aus. Es darf also nicht wundernehmen, daß ich physisch erschöpft bin und längere Zeit ausruhen muß. Das gegenwärtige System der Diplomatie, das auf der ständigen Fahrt nach Genf beruht, ist so anstrengend, daß meine Gesundheit dies nicht länger aushält. Dieser Umstand hat mich bewogen, den Herrn Präsidenten zu bitten, mich meines Postens zu entheben, und ich bin ihm sehr dankbar, daß er dieser Bitte Rechnung getragen hat. Ich habe die Absicht, auch weiterhin als Senator nach Krakau mit der Regierung zusammenzuarbeiten."

Wie unser ständiger Warschauer Berichterstatter mitteilt, ist nicht anzunehmen, daß Baleskis Erfahrungen und Beziehungen längere Zeit unverwertet bleiben sollten. Vielmehr ist es sehr wahrscheinlich, daß er für einen der Botschafterposten, auf denen bald Personaländerungen erfolgen sollen, aussehen würde. Die Übernahme einer solchen Tätigkeit dürfte dieser gebildige und geschmeidige Diplomat einer erzwungenen Unfähigkeit vorziehen.

*
Baleskis Nachfolger,

Oberst Józef Beck,

ist am 4. Oktober 1894 im ehemals österreichischen Teilgebiet geboren. Er beendigte das Gymnasium in Krakau, studierte am Polytechnikum in Lemberg und dann in Wien in der Export-Akademie. Im Jahre 1914 trat er in die Legionen ein und nahm an sämtlichen Kämpfen der Legionäre teil. Im Jahre 1919 absolvierte er die Kriegsschule und wurde später in den Generalstab berufen. In den Jahren 1922/23 war er Militärratschaf an der polnischen Botschaft in Paris. Im Jahre 1926 wurde er zum Kabinettschef im Kriegsministerium ernannt, im Jahre 1930 übernahm er das Portefeuille des stellvertretenden Ministerpräsidenten im Kabinett des Marschalls Piłsudski und wurde bald darauf zum Unterstaatssekretär im Außenministerium ernannt.

Schon bei der Übersiedlung des Obersten Beck vom Ministrats-Präsidium ins Außenministerium verlautete von gut informierter Seite, daß seine Tätigkeit als Vizeminister in der Wierzbowa-Straße als ein vorbereitendes Stadium, als Vorstufe zur Übernahme des Portefeuilles des Außenministers aufzufassen wäre. Vizeminister Beck arbeitete sich sehr schnell in das außenpolitische Ressort ein und vermochte bereits nach kurzer Zeit in maßgebender Weise in die Leitung der Geschäfte des Ressorts einzutreten. Schließlich verzweigte sich auch in den weiteren Kreisen der Öffentlichkeit die Meinung fest, daß die eigentlichen Entscheidungen in wichtigsten Fragen der Außenpolitik vom Vizeminister Beck als dem besonderen Vertrauensmann des Marschalls Piłsudski, ausgingen, während der Außenminister Baleski immer mehr auf die repräsentative Rolle und die des obersten Organs zur Ausführung der technischen Seite der diplomatischen Aufgaben angewiesen war.

Pariser Echo.

Paris, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Blätter bringen die Nachricht vom Rücktritt des polnischen Außenministers Baleski und von der Ernennung des Obersten Beck zum neuen polnischen Außenminister und sind der Ansicht, daß durch diesen Wechsel in der Leitung der polnischen Außenpolitik keine Änderung in den Beziehungen Polens zu Frankreich eintreten werde. Pertinax ist allerdings der Ansicht, daß der Wechsel trotzdem die französisch-polnischen Beziehungen treffe. Der sozialistische „Populaire“ wendet sich scharf gegen den neuen Außenminister Beck.

Ein neuer amerikanischer Botschafter für Polen.

W. Warschau, 2. November. Aus Washington kommt die Meldung, daß zum Botschafter für Polen das Mitglied des Außenamtes in Washington Lamont-Belin ernannt worden ist. Ferdinand Lamont-Belin ist 1881 im Staate Pennsylvania geboren. Er studierte auf der Universität Yale und war zunächst als Direktor verschiedener Industrieunternehmen tätig. In den Staatsdienst trat er zunächst als Sekretär der amerikanischen Gesandtschaft in Peking. In derselben Stellung war er auch in Konstantinopel, Paris und London. Zuletzt war er in der Botschaft in Washington.

Polnische Note an Rumänien.

Polen will den Nichtangriffs-Pakt mit Russland ratifizieren.

Der in Bukarest erscheinende „Dimicata“ zufolge hätte Titulescu die Polnische Regierung von seiner Absicht, die Verhandlungen über den Nichtangriffs-Pakt mit Russland aufzunehmen, verständigt, und gleichzeitig die Hoffnung auf Vermittlung ausgesprochen. Daraufhin hat, dem Blatt zufolge, das diese Meldung aus zuverlässiger Quelle haben will, am Sonnabend der polnische Vertreter in Bukarest eine Note überreicht, in der es heißt:

Polen habe sich zum Abschluß eines Nichtangriffs-Vertrages mit Russland verpflichtet. Diesen Vertrag müsse es bereits in der ersten Sitzung ratifizieren. Die Eröffnung des Sejm finde in Kürze statt. Polen müsse sich daher an den Buchstaben des Vertrages halten. Es habe sich in letzter Zeit bemüht, eine Verständigung zwischen Russland und Rumänien herbeizuführen und könne sich nun nicht mehr in Verhandlungen einmischen, an denen es völlig un interessiert sei.

Das Blatt meint, daß diese überraschende Antwort zweifellos nur im Einverständnis mit Frankreich gegeben worden sei. Sie habe in allen politischen Kreisen einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen.

Herriots Reise nach Madrid wurde in Spanien nicht allgemein begrüßt.

Paris, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die französische Presse fährt fort, in großer Aufmachung die Reise Herriots nach Madrid zu feiern, und ist bemüht, alles, was bei dieser Reise nicht wunschgemäß verlaufen ist, durch eine bis ins einzelne gehende Chronik der festlichen Empfänge zu übertönen. Dennoch fehlt es nicht an Stimmen, die sich dem Konzert der großen Presse nicht anpassen. Der sozialistische „Populaire“ erklärt ausdrücklich, daß der Eifer der großen Presse den zurückhaltenden, kalten Empfang, der Herriot bereit wurde, nicht zu verbergen vermöge.

Der „Petit Parisien“ meldet, daß außer der Unterzeichnung von drei sozialpolitischen Abkommen zwischen Herriot und der Spanischen Regierung eine Einigung darüber erzielt worden sei, daß mit gleichem Willen, der aus der vollen Übereinstimmung der Interessen und Ziele beider Länder hervorgeht, der Friede durch eine Verbindung von Sicherheitsgarantie und einer entsprechenden Abrüstung methodisch organisiert werden soll.

Paris, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Entgegen den amtlichen Berichten über die „festlichen“ und „enthustastischen“ Empfänge Herriots in Madrid, verschweigt die französische Presse jetzt im allgemeinen nicht mehr, daß die Reise des französischen Ministerpräsidenten nach Spanien versucht sei und keine nennenswerten Ergebnisse bringe. Selbst die amtlichen Berichte können die ungemein freundliche Stimmung für Frankreich in Madrid nicht verbergen. Der Aufenthalt Herriots in der spanischen Hauptstadt habe zur Erneuerung und Ausbreitung der antifranzösischen Propaganda beigebracht, wozu die Studenten-Demonstrationen und die feindlichen Zwischenrufe des Publikums als Beweis dienen können.

Sowohl die links- wie die rechtsgerichtete spanische Presse ist der Ansicht, daß die Reise Herriots den Zweck verfolgt habe, ein Militäraabkommen zwischen Frankreich und Spanien zu schließen. Dieses Abkommen sollte auf der marokkanischen Grundlage entstehen, was als Vorzeichen für bevorstehende kriegerische Handlungen in Nordafrika anzusehen sei. Die RechtsPresse Spaniens macht Frankreich ferner zum Vorwurf, es habe die Absicht, von Spanien die Balearenischen Inseln zu erhandeln, um seine Position im Mittelmeer zu stärken. Das Ergebnis der Spanien-Reise Herriots stellt sich also im Sinne der französischen Presse nicht sehr günstig dar.

Sieg der Gerechtigkeit.

spd. Mit dem um seiner politischen Tragweite willen überall stark beachteten Schritt hoher kirchlicher Würdenträger beim englischen Premierminister und beim Außenminister erreichte eine Aktion ihren Höhepunkt, die schon seit längerer Zeit von englisch-kirchlicher Seite für die Sache der deutschen Gleichberechtigung in der Rüstungsfrage mit Nachdruck geführt wird. Wenn bei dieser Gelegenheit Außenminister Sir John Simon von der bekannten britischen Note an die deutsche Regierung abrückt, so ist das wohl nicht zuletzt auch auf die Stimmen aus dem kirchlichen Lager zurückzuführen. Der Bischof von Ripon, Präsident der Britischen Vereinigung des „Weltbundes für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen“, brachte eine in den englischen Kirchen weit verbreitete Meinung zum Ausdruck, als er sich kurz nach Erscheinen dieser Note in der Öffentlichkeit „für eine freie Anerkennung der christlichen Basis des deutschen Anspruchs und eine Offenbarung jenes sittlichen Ernstes und jener sittlichen Überzeugung“ einsetzte, die gewiß latent in der Nation vorhanden sei, obgleich sie in der Note des britischen Auswärtigen Amtes keinen Ausdruck gefunden habe. Auch der Erzbischof von Canterbury durfte weite kirchliche Kreise Englands hinter sich wissen, als er dieser Tage auf der Diözesan-Konferenz in Canterbury ausführte, es müsse allen einstichtigen Menschen klar sein, daß es unmöglich sei, ein großes Land wie Deutschland in einer dauernden Stellung der Unterordnung (Inferiority) zu halten und ihm Gleichberechtigung unter anderen Nationen zu versagen“. Auch zahlreiche freikirchliche Führer haben sich in diesem Sinne ausgesprochen. Erst vor wenigen Tagen hat die Kongregationalistische Union von England und Wales nahezu einstimmig eine Entschließung angenommen, die erklärt, der deutsche Anspruch sei eine „Herausforderung an die Aufrichtigkeit jener Nationen, die in den Friedensverträgen von Deutschland Abstiftung forderten, um eine allgemeine Abrüstung zu erleichtern“.

Dieses Bekennen der christlichen Öffentlichkeit in England zur Sache der Wahrheit und Gerechtigkeit ist nicht zuletzt der jahrelangen zähen und planmäßigen Aufklärungsarbeit zu verdanken, die deutsche Kirchenmänner auf den internationalen kirchlichen Konferenzen getrieben haben.

Trendelenburg Untergeneralsekretär des Völkerbundes.

Das Völkerbundesekretariat gibt in einem Communiqué offiziell bekannt, daß der Generalsekretär des Völkerbundes den deutschen Staatssekretär z. D. Trendelenburg zum Untergeneralsekretär ernannt hat. Die Ernennung erfolgt unter dem formalen Vorbehalt, daß sie vom Völkerbundrat bestätigt wird, woran jedoch kein Zweifel besteht.

Trendelenburg wird die Wirtschafts- und Finanzabteilung des Völkerbundesekretariats unterstellt.

Heftige Reden in Süddeutschland.

Der bayrische Ministerpräsident Held hält am Sonntag in Stuttgart eine Rede, worin er erklärt, die Reichsregierung sei jetzt drauf und dran, gewaltsam durchzuführen, was nach dem Staatsgerichtsurteil nicht vertretbar ist. Wie soll ein preußischer Minister die Vertretung seines Landes im Reichsrat durchführen, wenn er als aktiver Minister jeder Funktion entkleidet werde. Wer glaube, daß das, was die Reichsregierung in Preußen getan habe, mit der Verfassung vereinbar sei, der solle sich seine Dummett versteuern lassen. Die Regierung in Berlin glaube, föderativ zu sein, aber sie habe das Wesen des Föderalismus überhaupt nicht begriffen.

Die Maßnahmen gegen Preußen tangieren die Grundlage unserer Verfassung sowohl dem Inhalt wie der Form nach. Sie stellen eine Gewaltwendung dar, die sich mit dem Verhältnis zwischen Reich und Ländern nicht verträgt. Die Regierungshäfen der Länder müssen vom Reichsstandpunkt aus öffentlich gegen das Vorgehen der Reichsregierung auftreten und zum Kampf dagegen aufrufen.

Die Reichsregierung über die Held-Rede verstimmt.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung Berliner Blätter verlautet, daß eine offizielle Erklärung der Reichsregierung zu den Angriffen des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held gegen die Regierung von Papen nicht mehr zu erwarten sei. In politischen Kreisen nehm man an, daß die Reichsregierung ihren politischen Beauftragten für die süddeutschen Länder Freiherrn von Verschuer nicht mehr mit besonderen Anweisungen für Bayern versehen werde. Überhaupt werde der politische Verkehr zwischen Berlin und München, solange Dr. Held nicht entschuldigt habe, stark eingeschränkt werden.

Eine offizielle Bestätigung dieser Annahme liegt nicht vor.

Neue preußische Notverordnungen.

Berlin, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Laufe des heutigen Tages sollen zwei neue preußische Verordnungen erscheinen, die für die Ordnung der kommunalen Finanzen von besonderer Bedeutung sind. Wie verlautet, soll unter grundfachlicher Aufrechterhaltung des Selbstverwaltungsgedankens verhindert werden, daß die Aufstellung gesunder kommunaler Etats durch Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlungen vereitelt wird.

Die Zusatzstimmen in der Wahlrechtsreform in Deutschland.

Hinsichtlich der Zusatzstimmen, die der Reichsinnenminister dieser Tage in seinen Ausführungen über die Wahlrechtsreform angekündigt hat, sind Ausschreibungen aufgetaucht, die — wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird — nicht mit den Tatsachen übereinstimmen. So ist u. a. gefragt worden, ob beachtigt sei, die Arbeitslosen zu entrichten. Das Reichsinnenministerium erklärt ausdrücklich, daß von einer derartigen Absicht nicht die Rede sein könne. Die Zusatzstimme, die die Familie erhalten soll, ist für denjenigen gedacht, der für die Familie zu sorgen hat. Das ist im allgemeinen der Mann. Wenn der Mann tot ist, geht diese Zusatzstimme ohne weiteres auf die Frau über. Unter Familie wird im Zusammenhang hiermit Mann und Frau und mindestens ein Kind verstanden. Wenn die Kinder heranwachsen und Selbstverdiener werden, wird trotzdem die Stimme nicht entzogen werden.

Der Begriff des Kriegsteilnehmers — Kriegsteilnehmer erhalten bekanntlich ebenfalls eine Zusatzstimme — wird noch näher umrissen. Es wird aber schon jetzt angekündigt, daß der Begriff Kriegsteilnehmer nicht kleinlich ausgelegt werden soll. Ein Kriegsteilnehmer, der gleichfalls Familienvater ist, soll zwei Zusatzstimmen erhalten.

Republik Polen.

Das Urteil im Zyndower Prozeß.

In dem Prozeß gegen Julian Zyndowski, den Mörder des Direktors der Zyndower Werke, Koehler, wurde die Verhandlung am Montag fortgesetzt. Es sprachen der Staatsanwalt, der die Anklage in vollem Umfang aufrecht hielt, sowie die Verteidiger, worauf in den Abendstunden das Urteil verkündet wurde; es lautete auf fünf Jahre Gefängnis. Einen ausführlichen Bericht über die Fortsetzung der Verhandlung werden wir in einer der nächsten Nummern bringen.

Obwohl auch in Bielsko aufgelöst.

Die nationalistische Kampforganisation, die sich „Lager des Großen Polen“ nennt, wurde jetzt auch in der Wojewodschaft Bielsko aufgelöst. Wie wir seinerzeit meldeten, verfielen diese Organisationen kürzlich in Ostgalizien, Pommerellen und Posen wegen regierungseinfließlicher Tätigkeit der Auflösung.

Studentenstreik auch in Warschau?

Nachdem die Protestversammlungen der Hörer der Warschauer Hochschulen gegen die Erhöhung der Gebühren und die Beschränkung der Freiheit der Hochschulen von der Polizei unterbunden worden waren, haben die Studenten als neues Kampfmittel einen einstigen Proteststreik in Aussicht genommen. Diese Aktion der Warschauer Studenten bildete am Sonntag den Gegenstand einer Beratung zwischen dem Unterrichtsminister Feddejewicz und dem Leiter der Hochschul-Abteilung im Kultusministerium. Der Kultusminister soll angeordnet haben, daß die Hochschulen, in welchen gestreikt wird, geschlossen werden sollen. Die am Sonnabend während der Straßen-Demonstrationen verhafteten 15 Studenten sind wieder freigelassen worden; gegen einige von ihnen sind Strafverfahren eingeleitet. Außerdem sollen die ihnen von den Militärbehörden gewährten Entlastungen vom Militärdienst zurückgezogen werden.

Deutsches Reich.

Reichsrat einberufen.

Der Reichsinnenminister hat den Reichsrat auf den 10. November einberufen.

Die Preußische Staatsregierung Braun hat der Absicht der Reichsregierung, den Reichsrat erst in der nächsten Woche zusammenzutreten zu lassen, widersprochen. Auf ihren Antrag ist nunmehr eine Sitzung des Ausschusses für Verfassung und Geschäftsausordnung bereits auf den morgigen Donnerstag anberaumt worden, um die durch das dreimonatige Ruhen aller Sitzungen entstandene Geschäftslage zu besprechen und die weiteren Sitzungen vorzubereiten.

Allgemeiner Verkehrsstreik in Berlin.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Am Donnerstag morgen ist in allen Betrieben der Berliner Verkehrsgeellschaft die Arbeit nicht wieder aufgenommen worden.

Während nach den ersten Meldungen auf Grund des Streikbeschlusses, der hauptsächlich von Kommunisten, Nationalsozialisten und Nichtorganisierten angenommen wurde, nur mit einem wilden Streik gerechnet wurde, erfolgte heute morgen die allgemeine Arbeitsniederlegung. Die Arbeitswilligen mußten wieder umkehren, da die zahlreich aufgestellten Streikposten den Zugang verwehrten. Die Polizei hat auf Wunsch der Direktion die Betriebshäfen besetzt. Die Mannschaftswagen, die wie üblich die Belegschaften zu ihren Arbeitsstätten fahren wollten, wurden trotz polizeilicher Bedeckung mit Steinen beworfen und zum Teil demoliert. Bisher nahm die Polizei zwei Nationalsozialisten und einen Kommunisten fest, die angeblich an den Terrorakten führend beteiligt waren.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 3. November 1932.
Krakau - 2,86, Jawichost + 0,97, Warsaw - 0,92, Broc + 0,77, Rondon + 0,81, Culm + 0,68, Tauron + 0,88, Kujebiat + 1,08, Biebel + 0,30, Dirschau + 0,24, Einlage + 2,10, Schlesienhorst + 2,42.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeföhrt.

Bromberg, 3. November.

Weiterhin trübes Wetter.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet weiterhin trübes Wetter mit strichweisen Niederschlägen an.

Wie Ladendiebe arbeiten.

In einem der letzten Tage traten zwei elegant gekleidete Männer in das Schuhgeschäft Friedrichsplatz (Stary Rynek) 11, ein und stiehen sich Schuhe vorlegen. Vor dem Geschäft warteten unterdessen zwei andere Männer, die sich das Schaufenster ansehen. Der Geschmack des einen der angeblichen Käufer war nicht ohne weiteres zu befriedigen und der Geschäftsmann musste sehr viel Schuhe vorlegen, die der Kunde nacheinander anprobieren. Während der angebliche Käufer an der einen Seite des Ladens Platz genommen hatte, hatte sich sein Begleiter an der zweiten Seite niedergelassen, so daß der Besitzer des Geschäfts auf den vielen Wegen zwischen Regal und Käufer dem Begleiter oftstens den Rücken zuwenden mußte. Diese Gelegenheit nutzte der Dieb aus, indem er sich einen Karton mit einem Paar Schuhe einfach unter den Mantel schob. Als der „Käufer“ bemerkte, daß die „Transaktion“ geglückt war, forderte er seinen Begleiter auf, ein paar Zigaretten zu holen. Er gab ihm 50 Groschen und damit sowie mit dem Paar gestohlenen Schuhe verließ der Mann den Laden. Draußen gab er sofort sein Schuhpaar an einen der dort wartenden Helfershelfer und holte ruhig seine Zigaretten. Als er wieder in den Laden zurückkehrte, hatte der zweite der Ladendiebe bereits erklärt, daß er keine Schuhe vorfinde, die ihm gefallen und ohne etwas gekauft zu haben, verließen beide das Geschäft. Kurze Zeit darauf erschien zwei Verkäuferinnen von Matecki, die von einem Fenster aus den Vorgang und besonders die Weitergabe der Schuhe an die Helfershelfer beobachtet hatten, bei dem Schuhwarenhändler und machten ihn auf den Diebstahl aufmerksam. Der Kaufmann verfolgte die Diebe, hatte aber leider keinen Erfolg.

S Schulferien zeitlich verschoben? Im Kultusministerium wird augenblicklich eine gründliche Änderung in der Verteilung der Schulferien erwogen. Und zwar sollen die Weihnachtsferien nach dem neuen Plan 3 Wochen dauern und, wie bisher, am 23. Dezember beginnen. Dagegen sollen die Osterferien verkürzt werden und nur eine Woche währen. Man geht nämlich von der Voraussetzung aus, daß eine Ruhepause im Winter größerer Wert hat als im Frühling. Einer Verschiebung werden auch die Sommerferien unterliegen. Sie sollen am 15. Juni beginnen und am 15. August enden. Diese Reform soll auf Beobachtungen der Witterungsverhältnisse in den letzten Jahren begründet sein.

S Einen Unfall bei der Arbeit erlitt der 19jährige Schlosser Johann Pawłak, Schwedenbergstraße (R. Skorupki) 67 wohnhaft. Bei der Arbeit an der Drehbank in einer Werkstatt im Hause Heynestraße (Mazowieckiego) 29 wurde ihm der Daumen der linken Hand abgerissen. Man schaffte den Verunglüchten in das Städtische Krankenhaus. — Vom Gerüst gestürzt ist gestern nachmittag der Bauarbeiter Leo Kruczowski beim Bau an der Papierfabrik. Er erlitt allgemeine Verlebungen und eine schwere Gehirnshütterung. Der Zustand des Verletzten, der in das Städtische Krankenhaus eingeliefert wurde, ist besorgnisserregend.

S Kino Kristall. Der Roman „Zwei Menschen“ von Richard Voß hat als Filmanuskript zu einem gleichnamigen Film gedient, der unzweifelhaft Beachtung verdient. Ohne in Einzelheiten der gedanklichen Abänderungen des Themas einzugehen, kann wohl gesagt werden, daß ein Film von gleichem künstlerischen Ausdruck bei knapper Handlung nur selten erzielt wird. Die malerisch-szenische Sette dürfte allerdings die Hauptstärke des Films sein. Seltener hört man die tonliche Wiedergabe (bei einer Verwendung von Bachschen, Händelschen und anderen Werken) im Tonfilm so klar wie hier. Der Film, der ganz auf der Wirkung des Dialoges aufgebaut ist, muß durch den Wegfall der Sprache leiden, man hat lediglich die Tiroler Volksfeste und Lieder in deutscher Sprache gelassen. Wir buchen dies bereits als Fortschritt.

S Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatte sich der 32jährige Arbeiter Wawrzyn Przygodzinski aus Niezychowo, Kreis Wirsitz, wegen Diebstahls zu verantworten. Mit angeklagt wegen Hohlerei sind dessen Bruder, der 28jährige Nikodem Przygodzinski sowie die 55jährige Elżbieta Migaczowa aus Piotrkow, Kreis Obornik. Wawrzyn P., der sich auch Henryk Lewiński nennt, befindet sich zurzeit in dem Untersuchungsgefängnis in Posen. Die Anklageur schreibt ihm verschiedene Einbruchsdiebstähle zur Last, die er in den Jahren 1928 bis 1930 im Kreise Kolmar ausgeübt hat. U. a. brach er in der Nacht zum 9. November 1928 bei dem Besitzer Rudolf Gersch in Karolinen, Kreis Kolmar ein, aus dessen Wohnung er sich verschiedene Sachen aneignete. Am 22. April 1929 drang er nach Eindrücken der Fensterscheibe in die Wohnung der Frau Wanda Garcke ein, wo er auch mehrere Gegenstände mitgehen ließ. Auf dieselbe Weise verübte er im März 1930 einen Einbruchsdiebstahl bei dem Besitzer Richard Garcke in Lipinen, Kreis Kolmar, und im April 1930 in Margonin bei dem Besitzer Ciezenski. Die gestohlenen Sachen verkauften dann die wegen Hohlerei Angeklagten Nikodem Przygodzinski und Elżbieta Migaczowa. In der Gerichtsverhandlung bekennen sich die drei Angeklagten zur Schuld. Das Gericht verurteilte Wawrzyn P. wegen Diebstahls im Rückschlag zu 1½ Jahren Gefängnis. Nikodem P. und Elżbieta W. wurde die Strafe auf Grund der Amnestie erlassen.

S Ein unehrlicher Buchhalter auf der Anklagebank. Der 27jährige Felix Matajczak aus Bronke, der von 1930 bis 1931 bei den Vereinigten Holzindustrie Akt.-Ges., Abteilung Bromberg, als Buchhalter beschäftigt war, führte dort gleichzeitig die Kasse. Bei einer Kassenvision wurde festgestellt, daß die Kasse einen Fehlbetrag aufwies. Dadurch aufmerksam geworden, wurde sofort eine genaue Prüfung der Bücher und der Kasse vorgenommen, die ergab, daß R. 1787 Zloty unterschlagen hatte. Wegen dieser Veruntreuung hatte sich R. nun vor der Strafkammer des hiesigen Bezirks-

gerichts zu verantworten. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach durchgeföhrter Beweisaufnahme, die die Schuld desselben ergab, zu 8 Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschluß, jedoch unter der Bedingung, daß er nach Inkrafttreten des Urteils die 1787 Zloty an die Firma zurückzahlte. — Der 34jährige Reisende Wojciech Tabaczyński von hier hatte sich gleichfalls wegen Unterschlagung vor der Strafkammer zu verantworten. Er, der bei dem Kaufmann Anton Glazewski als Reisender beschäftigt war, verkaufte verschiedene Gegenstände, wofür er sich das Geld aneignete. Der Angeklagte verteidigte sich vor Gericht damit, daß er nicht Reisender, sondern Teilhaber des G. war. Er muß jedoch zugeben, daß nicht er, sondern G. das Geld in das Geschäft gesteckt hatte. Das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 4 Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafausschluß.

S Gesuchter Fahrraddieb. Als der Hermann-Frankestraße 8 wohnhafte Wilhelm Peikert in einem Tabakwarengeschäft in der Bahnhofstraße einige Einkäufe besorgte, und aus diesem Grunde sein Fahrrad vor dem Geschäft stehen ließ, entwendete ein Dieb das Stahlroß und versuchte zu entkommen. Eine sofortige Verfolgung des Diebes hatte den Erfolg, daß dieser festgenommen und das Rad seinem Besitzer wieder zurückgeführt werden konnte.

Vereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Verein. Nächste Probe erst Freitag, den 11. d. M. Vollzähliges Erscheinen dringend notwendig. (8770)

S Gnesen (Gniezno), 31. Oktober. Einbrecher drangen in den Schweinstall des Besitzers Josef Fik in Paulsdorf bei Klecko und schlachteten hier zwei Schweine von je drei Bentern. Zum Abtransport ihrer Beute haben die Einbrecher ein Auto benutzt und sind unerkannt entkommen. — In der folgenden Nacht verschafften sich bei einem Fuhrmann Einbrecher Eingang in den in Gnesen in der Tremessenerstraße gelegenen Schweinstall und töteten auch hier ein Schwein von über zwei Bentern, das sie nach vollständigem Ausschlachten auf einem Handwagen weggeschafften.

S Nowroclaw, 2. November. Tödlicher Unfall. Der in der Zuckfabrik Janikowo beschäftigte 27jährige Arbeiter Guard Szabienski aus Lubach kam dem Transmissionsriemen zu nahe. Er wurde erfaßt und auf der Stelle getötet. — Ihren 80. Geburtstag feiert heute eine der ältesten Damen unserer ev. Frauenhilfe, Frau Hausbesitzer Basner hierselbst. — In der vergangenen Nacht zertrümmerten bisher unermittelte Personen die Schaufensterscheibe der Restauration Lipczańska und entwendeten daraus verschiedene Czastaflaschen und eine Flasche Likör. Jedoch wird ihre Freude recht mäßig gewesen sein, da in den Czastaflaschen sich nur reines Wasser befand! — Der letzte Vieh- und Pferdemarkt war reichlich besucht, doch waren Käufer nur wenig vorhanden. Kühe wurden von 50 bis 200 Zloty gehandelt. Ein 11 Bentner schwerer Bulle brachte nur 200 Zloty. Das Pferdematerial war mittelmäßig und brachten bessere Zugtiere 140 bis 160 Zloty. Schweine wurden nach den Notizen der Posener Börse gehandelt.

S Kolmar (Chodzież), 2. November. Am letzten Donnerstag fand im Geigerschen Lokale eine gut besuchte Kreisvereinsfeier der Weilage statt. Herr von Klieling eröffnete die Versammlung und hieß alle Anwesenden herzlich willkommen. Durch Erheben von den Plänen, sowie durch eine kurze Ansprache wurde das Andenken des verstorbenen stellvertretenden Kreisvorstandes, Gutsbesitzers Sprotte, geehrt. Hierauf hielt Diplom-Landwirt Bern einen Vortrag: „Wie kann ich bei jetziger Zeit meinen Viehstand rentabel erhalten?“ Mit großem Interesse wurden die Ausführungen verfolgt. Sodann wurde für den verstorbenen stellvertretenden Kreisvorstand fast einstimmig Herr Leske-Kirchdorf gewählt. Als weiterer Referent sprach Geschäftsführer Heymann über Steuerfragen. Es wurde eine Resolution verfaßt, die an das zuständige Amt abgefaxt wird und in der Protest gegen die ungerechterweise erhöhten Steuern erhoben wird.

S Posen (Poznań), 1. November. In der fr. Neuen Gartenstraße verübte der Buchhalter Reinhold König aus Łódź, vermutlich wegen Stellunglosigkeit, Selbstmord durch einen Schuß in den Mund. — Am Marcelinover Wege wurde der 19jährige Szukala mit einem Schuß im Rücken und mit durchschossener Leber bestimmtlos aufgefunden und in das Städtische Krankenhaus geschafft. Wer den Schuß abgegeben hat, konnte bisher nicht ermittelt werden. — In der fr. Grenzstraße wurde Josef Korzyński vor unbekannten Personen überfallen und durch Messerstiche schwer verletzt. — Auf der Fahrt zum Wochenmarkt wurde das Ehepaar Gustav und Marie Wizel von einem Maximilian Ratajczak und einem Kazimir Bodowski durch Steinwürfe und Stockschläge schwer verletzt. Die Täter wurden festgenommen. — Bei einer Familienstreitigkeit in Rataj wurde der Eisenbahnerbeamte Jagla von seinem Sohne Marian so übel zugetötet, daß er in das Eisenbahnerkrankenhaus geschafft werden mußte. — Der Polizeibeamte Regelowski, der zwei Verbrecher der Polizei aufzuführen wollte, gab, als der eine, Stanisław Will, im Walde bei Kobelsk die Flucht ergriff, auf diesen einen Schuß ab, der den Flüchtling tötete.

S Posen (Poznań), 2. November. Sonntag nach verlorenen Diebe in die Wohnung des Generalsuperintendenten D. Blau einen Einbruch, den vierten in diesem Jahre. Sie lösten künftig gerecht die Scheiben aus dem Rahmen, sahen sich aber dann unüberwindlichen Hindernissen gegenüber und mußten ohne Beute wieder abziehen, nachdem sie nicht unbedeutenden Materialschaden angerichtet hatten. — Gestern nachmittag stahl in einer Gastwirtschaft am fr. Berlinertor ein etwa 20jähriger Arbeitsloser einem anderen Gäste eine Armbanduhr und flüchtete. Da er aber vor Hunger nicht recht auf den Beinen war, wurde er bald eingeholt und einem Polizeibeamten übergeben. — Selbstmord durch Erhängen beging im Flur des Hauses fr. Wettingerstr. 14 der 27jährige prakt. Arzt Dr. Josef Kamiński aus Lissa, dem Bericht nach darüber, daß er in dem Hause bei einer Brautwerbung einen Korb erhalten hatte. — Gleichfalls durch Selbstmord endete der 37jährige Arbeiter Stanisław Piechocki aus Budzin, der in der Stärkefabrik in Lubau beschäftigt war, indem er sich aus unbekannter Ursache vergiftete. Er starb auf dem Wege zum Stadtkrankenhaus. — Einen schweren Unfall erlitt die Sophie Maluše aus Dolzig, indem sie in der St. Martinstraße zu nahe an der Bordschwelle an einem Gespann vorübergang und von dem Pferde des Gespanns einen Hufschlag erhielt, so daß sie bewußtlos dem Städtischen Krankenhaus zugeführt werden mußte. — Eine Polizeistreife wurde gestern gegen die zu Fußhenden an den Friedhofeingängen stehenden gewerbsmäßigen Bettler vorgenommen. Eine größere Anzahl wurde festgenommen. — In der fr. Victoriastraße wurde eine Josefa Kowalska aus Bandenburg, Kreis Bempelburg, von einem Kraftwagen überfahren und so schwer verletzt, daß sie dem Städtischen Krankenhaus zugeführt werden mußte.

S Wronowiz, 2. November. In Plonskowo-Abbau ereignete sich ein verhängnisvolles Unglück. Der 21jährige Landwirtsohn Megda, welcher bei dem Besitzer Nadolny beschäftigt war, erhielt von einem Pferde einen derart heftigen Hufschlag gegen den Leib, daß er unter großen Qualen nach drei Tagen seinen Geist aufgab.

Aus Kongresspolen und Galizien.

S Aleksandrów, 3. November. Ein blutiges Tanzvergnügen spielte sich im Dorfe Paniewek ab. Zwischen den Brüdern Stanislaw und Kazimierz Szmadziński und Franciszek Nyacki entstand ein Streit. R. schoß auf seinen Nebenbuhler und verwundete ihn durch Brustschüsse. Der Verletzte wurde in das Krankenhaus gebracht, der Schütze wanderte in das Gefängnis. — In der Schenke des Kazimierz Nedzusia in Osieczny zögerten etliche Bauern aus den umliegenden Dörfern. Als sie heimgingen, stürzte der Bauer Jakob Kośiński aus Czarnocie so unglücklich von der Treppe des Gathauses, daß er mit gebrochenem Genick auf der Stelle tot liegen blieb. — Ein Feuer vernichtete das Anwesen des Kätners Wladyslaw Wojsa in im Dorfe Czamanin. Der Schaden wird auf 4500 Zloty geschätzt. — Arg bestohlen wurde die Ladeninhaberin Maria Swiderska. Diebe drangen in die Wohnung, erbrachen die Schränke und ließen 500 Zloty bares Geld, etliche Anzüge, Wäsche, Tabak, Schokolade, Tee und anderes mitnehmen. Die Bestohlene ist um etwa 1700 Zloty geschädigt worden. — Durch Eindrücken der Fensterscheiben drang ein Spitzbube in die Wohnung des Gutsarbeiters Josef Matynia in Stomkowo ein, erbrach die Tischschublade und entwendete die mühsam erparsten 244 Zloty. — Im Wartesaal 3. Klasse wurde Josef Gawełda die Brieftasche mit 200 Zloty gestohlen. Der Geschädigte bemerkte den Verlust sofort und suchte dem Dieb nach, holte ihn ein und verprügelte den Dieb solange mit einem Knüppel, bis er sein Geld zurückbekam.

S Ciechocinek, 3. November. Blutiger Überfall. Der Besitzer Edward Sodtke in Wilezki wurde beim Pflegen auf dem Felde von seinem Nachbarn Gustav Möllahn überrascht und durch Messerstiche arg zugerichtet.

Freie Stadt Danzig.

* Selbstmord eines Banklehrlings. In der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr wurde einem Schuhpolizeibeamten gemeldet, daß von der Grünen Brücke ein 17jähriger junger Mann, der angeblich Banklehrling sei und in der Grenadiergasse wohne, von der Grünen Brücke in die Motte gesprungen sei. Die angestellten Rettungsversuche blieben erfolglos. Die Leiche ist noch nicht gefunden worden.

Zwei junge Leute gaben weiter der Polizei an, daß sie in der Zeit von 21 bis 1.30 Uhr in der vergangenen Nacht mit dem Vermieter in einem Café in der Breitgasse gewesen wären, wo er sich an ihrem Tisch gesetzt hätte. Der junge Mensch, dessen Alter sie auf etwa 17 Jahre schätzten, hätte Selbstmordabsichten aus familiären Gründen geäußert und gesagt, daß er noch in der Nacht ins Wasser gehen würde. Auf dem Langen Markt hätten sie sich von ihm verabschiedet und wären dann durch die Rübergasse zur Hundegasse gegangen. Von der Kuhbrücke aus hätten sie dann gesehen, wie sich der junge Mensch plötzlich über das Geländer der Grünen Brücke schwang und in das Wasser sprang. Die beiden geben folgende Personalbeschreibung von dem Vermieter: Größe etwa 1,75 bis 1,78 Meter, Haare dunkelblond, Augen blau, Kleidung: zweireihiger grauer Anzug, weißes Oberhemd mit weißem Kragen und farbigen Schlips, schwarze Halbschuhe.

Aleine Rundschau.

Prähistorische Kamele in Ecuador.

Die amerikanischen Gelehrten J. B. Black und C. H. Falckenbach vom American Museum of Natural History sind von ihrer letzten Forschungsreise nach Ecuador mit Ergebnissen zurückgekehrt, die sehr interessante Streiflichter auf das Tierleben in jenen Gegenden während der Eiszeit sowie in den darauf folgenden Epochen werfen. In den tiefen Schluchten von Chalah, in der Provinz Chimborazo, wurden Tierskelette gefunden, die aus der Eiszeit stammen und denen ein Alter von 20 bis 30 000 Jahren zugesprochen wird. Es wurden Skelette gefunden von einem Mastodon, einem Hirsche, von Pferden und — was das Bedeutendste ist — von einem Kamel. Daß dieser Fund nicht auf einen Zufall zurückzuführen ist, wurde durch Ausgrabungen bestätigt, die in dem Tale von Chilos, unweit Alangosi vorgenommen worden sind. Auch hier fand man Überreste von Tieren, die zweifellos in der Eiszeit gelebt haben, welche der Eiszeit folgte. Auch unter diesen Überresten waren wieder solche, die einwandfrei als Kamelen zugehörig festgestellt wurden. Durch diese Funde wird aber erneut die alte Streitfrage unter den Paläontologen aufgerollt, ob die Urheimat der Pferde und Kamele auf den Hochländern Asteas oder Südamerikas zu suchen ist.

Chefredakteur: Gotthold Starke (beurlaubt); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Krause; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepler; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich „Der Hausfreund“ Nr. 253

Margarete Michel
Karl Hedtke
geben ihre Verlobung
bekannt
Cronberg i. Taunus W. Samokleski
Oktober 1932.

Mein Büro
habe ich von der ul. Niedzwiedzia
nach der
ul. Dworcowa 43
verlegt!
Telefon 1236
Martin Hoepppe
Rechtsanwalt 4157

ORTHOPÉDIE
Heilanstalt Schert
Strenge individuelle operationslose Behandlung.
Berlin-Lichterfelde, Drakestraße 17.
Hervorragende Erfolge bei Rückgratverkrümmung (kein immobilisierendes Korsett), Lähmungen, Versteifungen, Kontrakturen (Little), Gelenkentzündungen, Rückenmarkleiden, Hüftgelenkverrenkung (auch bei Erwachsenen), Knochenbrüchen, Klump- und Senkfüßen usw.

Leitung: **A. Schert**.
Bisherige Tätigkeit: Klinik Prof. Dr. Hoffa, Würzburg. Leiter der orthopädischen Werkstätten, Klinik Dr. Köhler, Zwickau. Chef der orthopädischen Abteilung in der Klinik des berühmten Chirurgen Dr. Doyen, Paris. Beruflich verantwortlicher Leiter der orthopädischen Werkstätten der Regierung von Oberbayern.

Rasiermesser u. Scheren
werden sachmännisch geöffnet bei
Fr. Wilke, Gdańsk 22. Tel. 73.

Bieltitzer Stoffe sind die besten!

Ihren Bedarf von Anzugs- und Mantelstoffen können Sie sich direkt aus Bieltitz besorgen. Ich liefere garantie erstklassige Bieltitzer Qualitäten in den modernsten Mustern zu günstigen Preisen. Verlangen Sie vollkommen unverbindlich und kostenlos (selbst Rückporto füge ich bei) meine neue Musterkollektion. Außerst solide Bedienung.

Fa. **Wiktor Thomke** 7062
wyrób i sklad sukna, Bielsko-Kamienica

Rechtsbeistand

St. Banaszak
Bydgoszcz
ulica Cieszkowskiego 4
Telefon 1304. 8542
Bearbeitung von allen, wenn auch schwierigsten Rechts-, Straf-, Prozeß-, Hypotheken-, Aufwertungs-, Miets-, Rbschafts-, Gesellschaftssachen usw. Erfolgreiche Beitreibung von Forderungen. Langjährige Praxis.

Drahtseile
außer Syndikat für alle Zwecke liefert
B. Muszynski, Seilfabrik, Lubawa. 8590

Moderne Haar-Färbung
durch einfaches Waschen mit
Orient - Henna - Shampoo

erhältlich in 10 Farben einschl. der modernen; goldblond, tiefrot, mahagoni. Ueberall erhältlich. Wo noch nicht zu haben, senden Sie bitte 2.00 Złoty ein und geben die Haarfärbung an, Versand umgehend.

General-Vertretung für Polen:
Fr. Bogacz, Bydgoszcz, Dworcowa 14.
Zur dauerhaften Färbung der Augenbrauen und Wimpern empfehle „Maja“, zur Haar-Färbung „Rose-Henna“. 5646

Treffe ins Zentrum . . .
Waffe ohne poliz. Genehmigung! Browning, 6 mm schießt mit Metallgeschossen. Patent Nr. 2295. Nickelschäfte mit schwarzer Eboniteinfassung, wie Zeichnung f. z. 9.95 (zam. 60) m. elektromotor. versend.

wir auf briefl. Bestellung geg. Postnachnahme 2 Stück zt 19.— 100 Messingkügel zw 3.85.
Adr.: **D.W. Kuperman, Warszawa I**, skrzynka pocztowa 97, oddział 3. 8192

Bemerkung: Unsere Brownings eignen sich, Dank einer besonderen Spezial-Vorrichtung, auch zum Abschuß von Vögeln mit Schrot.

Bienen-Honig
garant. echt reinen, nähr- und heilkräftigen, von eigener Imkerei und bester Qualität, sendet per Postnachnahme: 3 kg 6.50 zt, 5 kg 9.00 zt, 10 kg 17.00 zt; per Bahn: 20 kg 30 zt, 30 kg 42 zt, 60 kg 78 zt; per einschließlich ländl. Versandosten und „PSZCZÓŁKA“ Podwoloczańska 2 Blechdose. „PSZCZÓŁKA“ Nr. 11 (Wpt.) 8593

Bankverein Sepolno

eingetr. Genoss. m. unb. Haftpflicht
gegründet 1883.

Günstige Verzinsung
von 8115

Spareinlagen.

An- und Verkauf
ausländischer Geldsorten.

Sämtliche

DRUCKSACHEN

Für
INDUSTRIE
HANDEL
GEWERBE



A. DITTMANN T. Z. O. P.
BYDGOSZCZ,
MARSZALKA FOCHA 6 :— DWORCOWA 13

Möbelkauf
ist reine Vertrauenssache!

Vergleichen Sie die Ausführung unserer Möbel genau mit anderen Fabrikaten, so werden Sie mit Leichtigkeit herausfinden, daß Sie bei uns doch am besten und billigsten kaufen!

Sie finden die größte Auswahl, ca.

100 Zimmer!

fertig am Lager und zwar:
Speisezimmer von zt 1000.— an Herrenzimmer von zt 750.— an **Schlafzimmer von zt 550.—** an ebenso Salons, Klein- und Küchenmöbeln, Rohrgarnituren und Eisenbettgestelle.

Gebrüder Tews, Toruń
Telefon 84 7981 Mostowa 30

Größtes und ältestes Möbelausstattungs-haus am Platzel

Reparaturen an Holz- und Polstermöbeln in eigenen Werkstätten bereitwillig sofort.

Für Winter - fast umsonst!

In Anbetracht des nahenden strengen Winters und vorkommenden Geldmangels in der schweren Krise haben wir die Preise bis zum Minimum herabgesetzt und verschicken ein Komplett guter Winterwaren für nur 10.—: 1 warmen Herren- oder Damen-Pullover, 1 Herrenhemd u. 1 Paar Winter-Trikotunterhosen oder 1 Damenhemd u. 1 Paar Damunterhosen, 1 Paar Wollhandschuhe, 1 Paar Wintersocken und 1 Wollschal. Alles verschicken wir für 10.— zt gegen Postnachnahme nach Empfang der brieflichen Bestellung. 8629 Adresse: „POLSKA POMOC“ Łódź, skrz.pocz. 549

KONTOBÜCHER

Hauptbücher
Kontokorrentbücher

Kassabücher
Kladden

Amer. Journals mit 8, 12 und 16 Konten

Loseblatt - Kontobücher

Registerbücher

Extra-Anfertigung von Kontobüchern jeder Art schnell, sauber und preiswert

A. Dittmann T. z o. p.
Tel. 61. Bydgoszcz, Marszalka-Focha 6.

Deutsch. Tischler (arbeitslos) bittet um Tischlerarbeiten;

Reparaturen, Aufpolieren, nur gute Arbeit. Zuschrift an Herrn Kap. Bädermeister, ul. Storni 22.

„Haarfärbe“ „Gora“, doppelschwarz, empfiehlt Drogerja Minerwa Gdańsk 17. 8883

garant. echt reinen, nähr- und heilkräftigen, von eigener Imkerei und bester Qualität, sendet per Postnachnahme: 3 kg 6.50 zt, 5 kg 9.00 zt, 10 kg 17.00 zt; per Bahn: 20 kg 30 zt, 30 kg 42 zt, 60 kg 78 zt; per einschließlich ländl. Versandosten und „PSZCZÓŁKA“ Podwoloczańska 2 Blechdose. „PSZCZÓŁKA“ Nr. 11 (Wpt.) 8593

Schmiede - Geselle,

evgl. bereits 7 Jahre im Fach, sucht v. sofort oder später Stellung. Eigen. Handwerkzeug vorhand. Ang. z. r. a.

E. Schröder,

Lubiewice, p. Lubiewo,

pow. Tuchola. 8772

Ed. Müller (Technit.)

Deutsch. u. Poln. in Wort u. Schrift

mächt., mit Buchführq.

vertr., erfltl. Zeugnisse,

sucht Stellung. Angeb.

u. Nr. 8726 a. d. G. St.

A. Kriede, Grudziadz.

Evangelische

Hauslehrerin

mit guten Zeugniss. u.

polnisch. Lehrerlaubn.

sucht Stellung bei bescheid. Anprüch.

Offeren unter Nr. 8644

a. d. Gesch. d. Zeitg. erb.

Deutsch-polnische

Stenotypistin

mit langjährig. Praxis

in verschied. Branchen,

sucht Stellung. Gepl.

Zeitschr. unt. B. 3680

a. d. Gesch. d. Bl. erb.

Jg. gebild. Mädch.

w. Stelle z. Gesellst.,

wo Mädchen vorhand.,

oder Ausbildung als

Sprechd. Br. 20 Bl.

mon. mit. Dal. Marlen-

piano billig zu verlaufen.

Ang. an Schwemin, Chojnice.

Brochowka 3.

Jung. Mädch., Waise,

sucht Stellung als

Hausstochter

ob. Stütze d. Hausfrau.

Dieselb. war schon läng.

Zeit in Stellg. Off. u.

B 4158 a. d. Gesch. d. Sta.

Oldes evgl. Mädchen

aus gut. Familie, mit

Kochkenntn. q. Zeugn.

vorhand., sucht ab 15. 11.

od. 1. 12. 32 Stellung

als Hausmädchen.

Offert. an Annonen-

Expedit. E. Caspary

Swietie n. W. unter

Nr. 8733 erbeten.

Geldmarkt

10 000 zt

auf ein Grundst.

Wert 60 000 zt auf 1. Hypoth.

zu leihen gesucht. Off. u.

B 4154 a. d. Gesch. d. Z.

Offene Stellen

Rampagne- Brenner

aum 1. 1. 1933 gesucht.

W. Samotolit, p. Tur.

pow. Szubin. 8742

Suche zum 15. Novbr.

einen evangel.

14 junge Törfen

ca. 6 Jtr. schwer, aus

milchreicher Herde, ab-

zugeben. 8738

Rittergut Konotop,

p. Terespol, Pomorze.

Eleven

ohne gegen seit. Vergüt.

W. Tilt, Stomow.

p. Lubianka, powiat

Toruń.

Schmiedelehrling

stellt ein Kujawista 5.

Suche Sohn achtbarer

Eltern, welch. Lust hat

Brot- und Feinbäckerei

zu erlernen, als

14. 11. ein evangelisches zweites

Stubenmädchen

Gehaltsantritt. Zeugn.

Abdriften an

Frau Olga Wegner,

Bartlewo, p. Kowno.

pow. Chełmno.

Bromberg, Freitag den 4. November 1932.

Pommerellen.

3. November.

Graudenz (Grudziądz).

Ein Sitzung des Kreistages des Landkreises Graudenz findet Sonnabend, 5. November, 11 Uhr, statt. Die Tagesordnung enthält u. a. folgende Punkte: Einziehung von rückständigen Steuern (aus vorhergehenden Jahren) in Naturalien, die für die Arbeitslosen Verwendung finden sollen, und Beschlussfassung über ein infolgedessen notwendiges Zusatzbudget; Beschlussfassung über die Erhebung und Höhe der Kommunalzuschläge zu den staatlichen Steuern für 1933/34; Kenntnisnahme von verschiedenen wojewodschaftlichen Dekreten usw.; Wahl von sechs Mitgliedern und ebensoviel Stellvertretern für die Steuer-Einschärfungskommission, sowie von Schiedsrichtern und deren Stellvertretern. *

Über die Erhebung der Militärsteuer gibt der Starost des Landkreises Graudenz folgende Aufklärungen: Es unterliegen überhaupt nicht dieser Steuer die zu den Jahrgängen 1888–97 gehörigen Personen. Diese Jahrgänge sind nämlich nicht auf dem Wege der normalen Rekrutierung zum Heer, sondern infolge Mobilisierung eingezogen worden. Vom Jahrgang 1898 und den früheren Jahrgängen sind von der Militärsteuer diejenigen Personen befreit, die vom Jahre 1925 ab zur Musterung sich gestellt haben, und die sind: 1. Militärinvaliden sowohl des polnischen Heeres wie der Armeen der ehemaligen Teilungsmächte, wenn die Beschädigungen vom militärischen Dienst herrühren; 2. frühere Soldaten der Armeen der ehem. Teilungsmächte, wenn die zurückgelegte aktive Dienstzeit den Zeitraum von fünf Monaten überschreitet. *

Dringend der Ausbefferung bedarf in der Börgstraße (Sierakowica) die erheblich schadhafe Krone eines der dortigen Pfeiler der Schulhofinfriedigung. Durch das Verwittern oder durch die absichtliche Beschädigung dieses Stücks ist ein recht großes Klaffendes Loch entstanden, das den Passanten dieser sehr lebhaften Straße einen sehr unerfreulichen Anblick darbietet. Es wäre daher wirklich an der Zeit, für die Reparatur Sorge tragen zu wollen, um so mehr als die Ausbefferungsbedürftigkeit schon seit langer Zeit dauerst. *

Übermutsstreiche. In der Nacht zum Dienstag habenlose Buben ihrer Unternehmungslust dadurch Lust gemacht, daß sie in der Stadt, z. B. am Getreidemarkt und in der Unterhornerstraße, Schaufenster der Geschäftsleute mittels Stearin verunstaltet. *

Telephonisch alarmiert wurde Sonntag abend gegen 6½ Uhr die Freiwillige Feuerwehr, und zwar nach der Culmerstraße (Chelmńska). Beim Eintreffen dasselbst mußte die Wehr die Wahrnehmung machen, daß überhaupt kein Grund zum Alarm vorgelegen hat. Nachforschungen nach dem Urheber des Herbeiträfens der Wehr hatten nicht den gewünschten Erfolg. *

Freiwillig aus dem Leben zu scheiden suchte ein in der Lindenstraße (Lipowa) wohnhaftes junges Mädchen, das ein größeres Quantum Lyföl ausstrahlte. Es mußte ins städtische Krankenhaus überführt werden, wo eine Ausspülung des Magens erfolgte. Der Zustand der Unglückslichen ist zwar nicht unbedenklich, jedoch besteht keine Lebensgefahr. Über die Ursache zu dem verzweifelten Schritte wird gemeldet, daß es sich um Liebeskummer handelt. *

Feuer im Landkreise. Am letzten Sonntag brach in der Scheune des Besitzers Partyka in Piaski (Piaski) ein Brand aus, der dieses Gebäude mit Grünvorräten und einem Teil der landwirtschaftlichen Maschinen zerstörte. Den Bemühungen der zur Hilfe herbeigezogenen Feuerwehren gelang es, die auch den anderen Bauleichten drohende Gefahr des Übergreifens des Feuers zu beseitigen. Der durch den Brand entstandene Schaden beträgt über 8000 Złoty. *

Diebstähle. Um sein Fahrrad im Werte von 80 Złoty ist Franciszek Dworakowski, Culmerstraße (Chelmńska), sowie im Kleidungsstück im Wert von 220 Złoty Stanisław Stefanowski, Oberbergstraße (Madgórna) 36, bestohlen worden. *

Thorn (Toruń).

Eine weitere Verschlechterung ist laut Mitteilung des Vereins christlicher Kaufleute im vergangenen Oktober zu verzeichnen gewesen. In allen Branchen ist zugleich mit weiteren Preisrückgängen eine Umschärfung eingetreten, nur in der Tabakbranche hielten sich die Umsätze in normaler Höhe. Im Verhältnis zum Vorjahr ist der Umsatz durchschnittlich um 30 Prozent gefallen. Verschärft wird die außerordentlich schwierige Lage des gesamten Handels durch die wilde Konkurrenz seitens der Hausehändler und durch Lieferung nur unter Nachnahme seitens eines Teiles der Lieferanten, die auf alle Fälle sicher gehen wollen. **

Das Thorner Appellationsgericht als Revisionsinstanz verhandelte kürzlich gegen den Hauseigner Moritz Cytryn, der vom Grandenzer Bezirksgericht wegen versuchten Betruges zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Die Berufungsverhandlung endete mit der Bestätigung des erinstanzlichen Urteils. **

Zwei weitere Verhaftungen wurden in der Angelegenheit der neulich aufgedeckten „Rekruten-Befreiungs-G. m. b. H.“ getätigt. Es wurden jetzt noch Stanisław Peplinski von hier und Fryderyk Gritman aus Ottłoschin hiesigen Kreises festgenommen und der Militärgendarmerie zur Disposition gestellt. **

Feuer. Im chemischen Laboratorium der Gasanstalt löste sich am Sonnabend das Gelenk eines Gasbrenners, wodurch Feuer entstand, das Fußboden, Decke und die Einrichtung ergriff. Die Feuerwehr hatte über eine Stunde zu tun. Der Schaden wird auf 2000 Złoty beziffert. **

Ein Deckenbrand war Sonnabend abend gegen 9½ Uhr im Laboratorium der städtischen Gasanstalt, Plac Bankowy, ausgebrochen. Die alarmierte Feuerwehr hatte mit der Ablösung etwas über eine Stunde lang zu tun. Über die Höhe des Schadens ist noch nichts bekannt geworden. **

Marktbericht. Wegen des Feiertages Allerheiligen fand der Dienstag-Wochenmarkt diesmal bereits am Montag statt. Er war sehr gut besucht, besonders in Kränzen, Kreuzen und Tannengrün, sowie in Blumen (geschnittenen und in Löpfen) als Grabhüpfen. Die Preise der hauptsächlichsten Lebensmittel waren folgende: Eier 1,80–2,20, Butter 1,40–2,00, junge Karotten das Bund 0,10–0,20, Kohlrabi die Mandel 0,50–0,70, Tomaten 0,10–0,30, Steinpilze die Mandel 1,20, Reihler die Mandel 0,80, Grünlinge und Schlapberpilze das Maß 0,20, Apfel 0,10–0,60, Zitronen das Stück 0,20–0,25. Alle Kohlsorten sowie Geißblätter waren im Preise unverändert. **

Wegen Schienenauswechslung auf der Culmer Chaussee (Szosa Chelmńska) wird der Straßenbahnbetrieb der Linie III am Donnerstag durch Umsteigen aufrechterhalten. **

Einbruchsdiebstähle. Am Allerheiligentag gegen 4½ Uhr morgens drangen Einbrecher nach Eindrücken einer Fensterscheibe in die Konditorei „Udziadowa“, Breitestraße (ul. Szeroka) 6, ein, aus der sie alle Vorräte an Schnäppen und Likören mitnahmen. Sie entkamen unerkannt. — Aus der Wohnung von Wojciech Lewandowski, Nowastraße (ul. Bartosza Głowackiego) 10, stahlen Einbrecher aus einem verschlossenen Schrank 3000 Złoty Bargeld. — Roman Obrębski, Janikstraße (ul. Grunwaldzka) 12, wurde das vor einer Restaurierung in der Culmer Chaussee (Szosa Chelmńska) stehen gelassene Fahrrad im Werte von 200 Złoty durch einen Unbekannten entführt. **

Der Polizeibericht verzeichnet zwei Einbruchs- und drei gewöhnliche Diebstähle, vierzehn bzw. drei übertretungen polizeilicher Verwaltungs- bzw. Handels-administrativer Vorschriften und zwei Verstöße gegen die Meldeordnung. —

Briefen (Wahrzeźno), 1. November. Unbekannte Diebe stateten dem Stalle des Landwirts Klimek in Groß-Polkau einen unerwünschten Besuch ab und ließen dabei ein Schaf sowie eine größere Anzahl Federvieh mitnehmen. — Dem Landwirt Rumiecz aus Trzcianno wurden mehrere Bentner Kohl vom Felde gestohlen. — Dem Besitzer Balica in Lipnica wurde von unbekannten Tätern ein Bienenstock im Werte von 80 Złoty gestohlen. — Bei dem Landwirt Dąbrowski im hiesigen Abbau brachen Diebe auf den Boden ein und entwendeten 10 Bentner Weizen und Herrngarderobe. — Am 9. d. M. findet hier selbst ein Karneval, Vieh- und Pferdemarkt statt. —

Dirschau (Tczew), 2. November. Am Montag meldete der Gemeindevorsteher aus Swarożyn hiesigen Kreises der Polizei, daß in einem Erbsstrohstaken zwischen Swarożyn und Waćmierzel die Leiche eines anscheinend ermordeten Mannes gefunden worden sei. Der Körper wies zehn Wunden auf, außerdem war der Schädel an einigen Stellen gespalten. Bei dem Toten, der etwa 40 Jahre alt sein dürfte, wurden keinerlei Dokumente gefunden. Die Polizei arbeitet sieberhaft, um den grausigen Fall aufzuklären. —

Gdingen (Gdynia), 2. November. Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich heute auf der Chaussee nach Rheda, unweit Gdingen. Aus unbekannten Gründen schlugen die Pferde des Landwirts Johann Konkol, der unten den Wagen kam und eine längere Strecke mitgeschleppt wurde. Einem Passanten gelang es, die Tiere zum Stehen zu bringen und so den Verunglückten vom sicheren Tode zu retten. Schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht. — Die Kriegsmarine hat von der polnisch-britischen Schiffahrtsgesellschaft den Dampfer „Löd“ läufig erworben, der zu Schulzwecken dienen soll. — Die Zahl der Arbeitslosen nimmt hier von Tag zu Tag. Das Kanalisations- und Wasserwerk hat 70 Arbeiter, die städtische Begebaubabteilung 200 Arbeiter entlassen. Im Regierungs-Kommissariat erhielten am 1. Oktober 24 und am 1. d. M. 18 Beamten die Kündigung. Zahlreiche Baufirmen haben sämtliches Personal entlassen. — Zwischen Diebstähle wurden in der gestrigen Nacht in der Danzigerstraße verübt. Dem Hausbesitzer J. Czubiatowski wurde verschiedene Handwerkzeug im Werte von 200 Złoty gestohlen. Zum Schaden des Tischlers Fr. Frankowski stahlen unbekannte Diebe ein Fahrrad, einen Mantel und anderes im Gesamtwerte von 600 Złoty. —

König (Chojnice), 31. Oktober. Der Polizei ist es gelungen, einen Teil der bei Herrn Stadtrat Landow-

ski gestohlenen Sachen aufzufinden. Die Diebe hatten diese im Blaue bei Zalno vergraben. Es fehlen nur noch die Damenmäntel, das Armband und der Pelz, doch hofft die Polizei, auch diese Sachen in Kürze zu bekommen, da sie den Gehlern auf der Spur ist. — Festgenommen hat die Polizei einen Fahrradmaruder, der auch die Tat eingestanden. — Mit Tsching-Bumm-Trara wurde heute der Spar-Tag in unserer Stadt eingelegt. Daß diese „Darbietung“ aber mit besonderer Lautstärke gerade während des evangelischen Gottesdienstes auf dem Marktplatz stattfinden mußte, war nicht gerade erfreulich. Die Sparfreudigkeit der Kirchenbesucher ist dadurch nicht sehr erhöht worden. Sonst machte aber im allgemeinen es der schulsreien Jugend Spaß, hinter der Musik mit großen Plakaten zu laufen, die zum Sparen aufforderten. Auch eine von einem niedlichen Pferd gezogene große Sparkasse machte die Leute darauf aufmerksam, daß es sehr schade wäre, wenn man etwas drin hätte. Leider durfte es bei der heutigen Zeit sehr wenig Leute geben, die noch etwas zum Sparen haben. — Wegen Sittlichkeit verbrechen wurde vom Konizer Gericht der 25jährige Edmund Sowinski aus Jasstrzbiec zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. — Es ist doch etwas Schönes um die Chausseesteuer, denkt so mancher Landwirt aus der Koschneiderei, wenn er die nach seinem Dorfe führenden Chausseen zurückfährt. Früher, als noch keine Chausseesteuer gezahlt wurde, wurde wenigstens der größte Schuh zusammengeschaffelt, heute scheint das nicht mehr nötig. Der Chausseegraben scheint heute sauberer als die Chaussee. —

König (Chojnice), 2. November. In der gestrigen Stadtverordnetenversammlung stand die Wahl des Vizebürgermeisters auf der Tagesordnung. Kaufmann Roman Stamm wurde einstimmig dazu gewählt und nahm die Wahl an. Die Wahl eines neuen Stadtrats wurde auf Antrag des Stadtverordneten Kalletta vertagt, da voraussichtlich in aller Kürze zwei Stadträte zu wählen sein werden. In die Einkommensteuer-Einschärfungskommission wurden gewählt: Kaufmann Roman Stamm, Kaufmann Oszvaldowski, Rechtsanwalt Slapa. Als Vertreter: Kaufmann Gorecki, Dr. Lukowicz und Tischlermeister Pole. Eine lebhafte Diskussion rief der Magistratsantrag hervor, der dahin ging, den Kommunalzuschlag zu der Umsatzsteuer um 5 Prozent und den Zuschlag zu den Patenten von 25 auf 30 Prozent zu erhöhen. Die Vertreter der Kaufleute und Handwerker sprachen sich gegen jede Erhöhung der Zuschläge aus. Es wurde betont, daß dadurch nur ein weiteres Zurückgehen der Betriebe und erhöhte Arbeitslosigkeit verursacht würden. Schließlich wurde dieser Punkt vertagt und einer Sonderkommission von 5 Mitgliedern übergeben, die die Sachlage überprüfen sollen. — Der Katholische Geellenverein hielt im Hotel Engel seine Versammlung ab. Der Bericht des Kassierers ergab, daß der veranstaltete Theaterabend nur einen minimalen Überschuss ergeben hat. Herr Joseph Skania hielt einen Vortrag über „Das Holz und seine Verwendung“, dem lebhaften Beifall gezeigt wurde. —

Lautenburg (Lidzbark), 2. November. Überfallen wurde am Allerheiligentag gegen 2 Uhr nachmittags auf einem Wege in der Nähe der Stadt der in Jamelnik, Kreis Soldau, wohnhafte Josef Nadowski. Zwei unbekannte Männer sprangen plötzlich von ihren Fahrrädern ab, schlugen ihn zu Boden und während der eine dem Opfer den Mund zuhielt, schnitt der andere ihm die Brieftasche mit 3000 Złoty Inhalt aus dem Jackett heraus. Die Banditen einkamen in Richtung Jamelnik und werden durch die Polizei gesucht. —

Neumark (Nowemiaso), 1. November. In der letzten Stadtverordnetenversammlung stimmte man dem Antrage des Magistrats, wonach hiesige Handwerker ihre Erzeugnisse (Würste, Holzpantoffeln, Schuh-, Kürschnerei-, Böttcher- und Blechwaren) auf den Wochenmärkten aussstellen können, zu. In der Sache der Umgestaltung des Posener Kommunal-Kreditverbandes in einen Interkommunalen Verband einigte man sich dahin, weiterhin als Mitglied mit einem Anteil zu verbleiben und das neue Statut anzunehmen. Ferner wurde mitgeteilt, daß verschiedene Bewohner in den neuerrichteten Gebäuden an der Tillerstraße mit den Mieten im Rückstande sind. Der Magistrat wurde ermächtigt, Emissionsklagen gegen die jämigen Zahler anzustrengen. —

Graudenz.**Gute Bücher**

für wenig Geld

Gute Noten

für wenig Geld

im Preise bedeutend herabgesetzten Bücher u. Noten.
Der Verkauf dieser tadellos neuen Bücher dauert nur einige Tage.

Arnold Kriedte
Grudziądz, Mickiewicza 10.

Deutscher Bücherei-Verein.

Freitag, den 4. November, abends 8 Uhr,

in der Goetheschule.

2. Folge des Vortrages Dr. Kozian:

Die Poln. Geschichte bis zur Zeitzeit.

Poln. Unterricht
erteilt billiger
Frau Andrzejewski,
Lipowa 96.

Rath. Nachrichten.
Sonntag, d. 6. Nov. 1932
24. Sonntag n. Trinitatis

* Bedeutet anschließende Abendmahlfeier.

Stadtmiss. Graudenz, Ogrodowa 9–11.
Vormitt. 9 Uhr Morgenandacht, ab 6 Uhr Evangelisation, 7 Uhr Jugendbund, 2 Uhr Andacht in Schönbrück, 2 Uhr Andacht in Treul, Montag, abds., 1½ Uhr Gitarrenstunde, Dienstag, nachm. 4 Uhr Kinderfeier, abends 6 Uhr Andacht in Weburg, Mittwoch, ab 1½ Uhr Beizsitzung, Donnerstag abds., 1½ Uhr Blattleserabend, Sonnabend, abends, 1½ Uhr Posamentstunde.

Kleider. Vorm. 10 Uhr Gustav-Adolf-Festgottesdienst, abends 11½ Uhr Kinderfeier, 12 Uhr Kindergottesdienst.

St. Georgen – Rath. Vorm. 10 Uhr Gustav-Adolf-Festgottesdienst, Pfarrer Stefan, Sonntag, vorm. 12 Uhr Gustav-Adolf-Festgottesdienst, Pfarrer Stefan.

Grabowit. Vorm. 10 Uhr Gustav-Adolf-Festgottesdienst, Pfarrer Stefan.

Gramat. Nachmitt. 3 Uhr Gustav-Adolf-Feier, Pfarrer Stefan.

Puben. Vorm. 10 Uhr Gustav-Adolf-Festgottesdienst, Pfarrer Stefan.

Mitkiewicza 88, Mg. 7. Kopernika 24, I.

Sonne. 8.00 Uhr

Suche v. so. tüchtiges,

fehr sauber., ehrliches

und freundliches

8763

Gospodark. Nachm. 3 Uhr Gustav-Adolf-Festgottesdienst, Pfarrer Stefan.

Gosp

p. Bandenburg (Biedzow), 2. November. Der auf den heutigen Dienstag überbaute **Kram-, Vieh- und Pferdemarkt** (St. Martinsmarkt) hatte einen starken Besuch aufzuweisen. Auf dem Krammarkt hatten zahlreiche auswärtige Händler ihre Stände mit Kurz-, Weiß-, Woll- und Ledernwaren aufgestellt, welche für billiges Geld ihre Waren an den Mann brachten. Auf dem Viehmarkt war der Antrieb von ungefähr 40 Kühen und 30 Pferden erfolgt. Kühe kosteten 180–250 Zloty und darüber, Pferde waren mit 120–300 Zloty und darüber zu haben. — Laut Bekanntmachung des hiesigen Magistrats haben sich sämtliche männliche Personen, die im Jahre 1912 geboren wurden, im hiesigen Magistratssbüro zwecks Registrierung zu melden. — Unter dem Schweinebestand des Besitzers Burdick in Dabrowo ist amtlich der Rotaufzug festgestellt worden.

x. Bempelburg (Sepolno), 2. November. Laut amtlicher Bekanntmachung im Kreisblatt ist unter den Schweinebeständen des Besitzers Bernhard Burdick in Damrau die Schweißensche und unter den Beständen des Besitzers Thomas Brzezinski in Pechnik die Rotaufzusche festgestellt. Die erforderlichen Sperrmaßregeln sind angeordnet. — Schon zu wiederholten Malem ist einigen Fahrradbesitzern, die ihr Rad vor der hiesigen Staroste kurze Zeit unbeaufsichtigt ließen, dasselbe von unbekannten Personen gestohlen worden. Am letzten Wochenmarkttage wurde wiederum das dem Landwirt Kazimierz aus Jastrzebie gehörige Herrenfahrrad mit der Registrier-Nummer 2866 in einem unbewachten Augenblick vor dem Landratsamte gestohlen. — Ein Schaden entstand kürzlich im Hause des Fleischermeisters Johann Tarczach hier, Berlinerstraße durch Überlochen von Teer, welcher auf dem Küchenherd zwecks Teezens der Dächer gekocht wurde. Mehrere Wäschestücke (Strümpfe usw.) wurden hierdurch vernichtet.

Archäische Woche in Graudenz.

IL

Der zweite Novembertag, der von früh an mit leuchtendem Sonnenchein die ganze alte Stadt und das schöne Weichstal übergießt, ist der Jugend gewidmet. Am

Jugendtag

wirkt die Jugend immer selbstgestaltend mit, nicht nur im Jugendgottesdienst mit seiner reichen Liturgie, sondern auch in den Vormittagsversammlungen, die mit frischen Chorliedern, Lautensliedern und Posauensblasen bereichert wurden. Nach der gemeinsamen Morgenfeier, die Superintendent Venclik aus Villitsch hielt, blieben die jungen Männer ins Gemeindehaus hinüberzogen. Die Versammlung der Mädchen wurde geleitet und eröffnet von Konsistorialrat D. Höldt aus Posen. Ähnlich wie am vorhergehenden Tage schilderte zunächst Pfarrer Jack die Teufelsmächte in der Gottlosenbewegung. Konsistorialrat Büchsel aus Breslau zeigte den Weg zur Überwindung dieser finsternen Mächte, der schon in dem Thema gewiesen war: „Unser Glaube ist der Sieg“. Man kann vor diesem Geist die Flucht ergreifen, man kann versuchen, mit ihm zu einer Verständigung zu kommen, aber überwinden kann man ihn auf diese Weise nicht, sondern einzige und allein durch die Kräfte des Glaubens.

Der Inhalt der Danziger Note an Polen

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Die von uns gestern bereits erwähnte Note, die der Senatspräsident Dr. Biehn im Namen der Danziger Regierung an den diplomatischen Vertreter Polens in Danzig gerichtet hat, und die auf die Erschwerung der Danziger Wareneinfuhr nach Polen Bezug nimmt, ist gewissermaßen als letzter Appell Danzigs anzusehen. Sie hat folgenden Inhalt:

„Herr Minister! Unter dem 22. Oktober d. J. hatte ich mich erneut an Sie gewandt wegen der Behinderung des Absatzes Danziger Waren nach Polen, nachdem ich auf mein Schreiben vom 22. September d. J., das gleiche Beschwerden zum Ausdruck brachte, bis dahin eine Antwort von Ihnen nicht erhalten hatte.

Immer weitere Vorstellungen werden täglich bei dem Senat von Danziger Firmen gemacht, aus denen hervorgeht, daß

Die Beschlagnahmungen Danziger Waren in Polen

und die Abdängung der Danziger Waren von dem polnischen Markt nicht nur nicht nachgelassen haben, sondern sogar weiterhin verschärft worden sind.

Die Kontrollen in den Läden der polnischen Geschäfte werden so rücksichtslos ausgeübt, daß tatsächlich keinem polnischen Kaufmann zugemutet werden kann, Danziger Waren irgendwelcher Art zu beziehen.

Die polnischen Grenzstellen sind inzwischen dazu übergegangen, Danziger Waren nur dann über die Grenze zu lassen, wenn die Einfuhr genehmigung eines polnischen Zollinspektors vorgelegt wird. Auch wenn den Grenzstellen der Beweis geliefert wird, daß die Einfuhr der fraglichen Ware in jeder Beziehung einwandfrei ist, und selbst, wenn die Grenzbeamten selbst zu geben, daß die Ware nach Polen nicht einfuhrverboten und ihre Verzöllung auch richtig erfolgt ist, lassen sie die Waren nicht herein. Dieses bedeutet nichts anderes, als daß für jede Einfuhr von Danziger Waren nach Polen eine Einfuhrgenehmigung nach polnischer Anschanung erforderlich ist und daß die Einfuhr von Danziger Waren von der willkürlichen Auswendung irgendwelcher Bestimmungen, die mit den bestehenden Verträgen in Widerspruch stehen, von polnischen Zollinspektoren abhängig ist.

Faktisch heißt dieses, daß Polen

eine Einfuhrstelle für Danziger Waren nach Polen in Danzig

eingerichtet hat und damit klar und deutlich gegen das Warschauer Abkommen verstößt. Es handelt sich hierbei nicht um Versehen einzelner polnischer Beamter oder Einzelfälle, sondern um

ein System bestimmt der Art.

Da ich es trocken immer noch nicht für möglich halte, daß die polnische Regierung in offizieller Form unter den Augen

Die Tagung der männlichen Jugend stand unter der Leitung von Konsistorialrat Hein aus Posen. Sie war ganz auf den Gegensatz zwischen roter Jugend und christlicher Jugend eingestellt. Professor Dr. Koch gab ein äußerst lebensvolles Bild von dem jungen Menschen in der roten Sowjetunion und von seiner Entwicklung. Der Posener Jugendpastor Brauer forderte von der christlichen Jugend, ganze Menschen zu werden, die innerlich für jeden Kampf gerüstet sind, die nicht nur im Strohfeuer der Begeisterung entflammen, sondern in der rechten Kraft und Rüstung kämpfen. Nach einer kurzen Aussprache, an der sich die jugendlichen Hörer beteiligten, sprach das Schlusswort Generalsuperintendent D. Blau.

Der Jugendgottesdienst ist immer einer der eindrucksvollsten Höhepunkte der kirchlichen Woche. Den Altardienst versah diesmal Pfarrer Brumma aus Posen, der als Vorsitzender des Landesverbandes evangelischer Jungmännervereine der Jugend besonders nahestehnt. Die Festpredigt hielt Konsistorialrat Büchsel aus Breslau. Entsprechend dem Leitgedanken des Gottesdienstes: „Jugend in der Entscheidung zwischen Unglauben und Glauben“ hatte er das schlichte Textwort gewählt: „Ich glaube, lieber Herr, hilf meinem Unglauben.“ Das Entscheidung nötigt und daß wir uns oft genug in seelischem Zwiespalt befinden, muß in ernster innerer Wahrhaftigkeit von uns erkannt werden. Für den, der sich selber nicht zur Entscheidung durchringen kann, ist die Hilfe bereit, die nur ergriffen werden muß. Generalsuperintendent D. Blau rief der Jugend, die im Kampfe steht und stehen soll, ein Pauluswort als Lösung zu: „Mit Gott wollen wir Taten tun“. Und dann klang durch den großen Kirchenraum das ewig junge und immer wieder mifreisende Lutherlied: „Ein' este Burg ist unser Gott“.

Alle die, die am Abend noch nicht abzufahren brauchten, fanden sich schon um 8 Uhr wieder im Saal des Gemeindehauses ein, wo die Graudener Kirchengemeinde einen Gemeindeabend veranstaltete. Im ersten Teil war es eine Gustav Adolf-Feststunde, in der Konsistorialrat Hein, der Schriftführer des Posener Hauptvereins der Gustav Adolf-Stiftung, die Festansprache hielt. Im Mittelpunkt des zweiten Teiles stand „Das Apostelspiel“ von Max Nell, das von Graudener Jugendlichen in rechter Sinnerfassung wirkungsvoll gespielt wurde. Das Spiel passte sich aufs glücklichste dem Charakter der ganzen Tagung an. Für diesen wertvollen Abend sei der Graudener Gemeinde von Herzen gedankt. Diesem Dank gab Generalsuperintendent D. Blau in seiner Schlussansprache im Namen aller Teilnehmer noch einmal Ausdruck und ließ damit die Kirchliche Woche ausklingen. pz.

Die kirchliche Woche hat damit aber noch nicht ihr Ende erreicht, sondern alle ihre Gedanken und Anregungen klingen fort in den Herzen der Teilnehmer und werden hoffentlich noch recht lange und gründlich in den einzelnen Gemeinden und Vereinen besprochen werden, denn das ist Sinn und Aufgabe der kirchlichen Woche, bei der die Auswirkung auf den Alltag des Einzelnen die Hauptache bleibt. Sie ist für viele als eindrucksvolle evangelische Kundgebung eine innere Stärkung gewesen und hat ihnen geholfen, Mutlosigkeit und Müdigkeit zu überwinden in dem Bewußtsein, daß in der Zusammengehörigkeit starke Kräfte liegen.

des Herrn Hohen Kommissars die Verträge verleihen will, muß ich Sie, Herr Minister, dringend bitten, auf meine Vorstellungen vom 22. 9., 22. 10. und vom heutigen Tage, welche einwandfrei das vertragswidrige Verhalten der polnischen Beamten darstellen, mir umgehend mitteilen zu wollen, ob Sie, Herr Minister, bereit sind, dahin zu wirken, daß unverzüglich ein den Verträgen entsprechender Zustand in dem Warenverkehr von Danzig nach Polen wieder hergestellt wird.“

Soweit die Danziger Note, von der eine Abschrift dem vorläufigen Hohen Kommissar, Herrn Helmar Rosling, zur Kenntnisnahme überwandt wurde.

Danzig und die polnische Währung.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 95 vom 31. Oktober ist, wie wir bereits gestern berichteten, eine Verordnung des Verkehrsministers erschienen, nach welcher die Beförderungs- und Bagage-Gebühren, die von den Eisenbahnklassen auf den in der Freien Stadt Danzig in der Verwaltung Polens befindlichen Eisenbahnstationen erhoben werden, nur in polnischer Valuta entgegengenommen werden sollen. Entsprechende Änderungen der Tarife werden gleichzeitig mit dem Inkrafttreten der erwähnten Verordnung eingeführt werden, das am 1. Dezember 1923 erfolgt.

Diese Maßnahme der polnischen Regierung hat in Danzig eine große Aufregung hervorgerufen. In Danziger politischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß diese Verordnung im Widerspruch zu dem Danzig-polnischen Währungs-Abkommen vom 22. September 1923 steht, dessen Artikel wie folgt lautet:

„Die Republik Polen und die Freie Stadt Danzig erklären, daß überall da, wo in den Verträgen und Abkommen, in den Entscheidungen des Rates des Volkerbundes und des Hohen Kommissars vom Danziger Geld oder von einem dem Sinne ähnlichen Begriffe die Rede ist, die bestehenden Rechte und Pflichten von dem Tage der Einführung des Danziger Gulden an für diesen gelten. Insbesondere wird also der Danziger Gulden von allen der Republik Polen unterstellt Kassen im Gebiete der Freien Stadt Danzig in voller Höhe des Guldenwertes angenommen werden.“

Im Art. 1 des Abkommens war zum Ausdruck gekommen, daß die Danziger Währungsreform kein Prädiktivschaffen solle für den Art. 36 des Pariser Vertrages, in dem es heißt:

„Die beiden vertragshaltenden Parteien erklären im Gegenteil noch einmal, daß sie sich verpflichten, sobald es die Umstände erlauben, auf den Antrag der einen oder der anderen Partei in Verhandlungen einzutreten, um ihre Münzsysteme zu vereinheitlichen. Eine Frist von einem Jahre muß vorgesehen werden, bevor diese Vereinheitlichung, nachdem sie einmal beschlossen ist, in Kraft tritt.“

Man hatte es daher an zuständiger Stelle in Danzig als unwahrscheinlich bezeichnet, daß Polen die schon vor langer Zeit im Umlauf befindlichen Gerüchte über einen Ministerratsbeschuß bezüglich der Einführung des Zloty als alleiniges Zahlungsmittel im Eisenbahnverkehr in die Tat umsetzen würde. Es wurde darauf hingewiesen, daß Polen sich ins eigene Fleisch schneiden würde, wenn es keine Danziger Gulden mehr in Zahlung nehmen würde. Die Danziger Regierung hatte sich übrigens, nachdem die hiesige polnische Eisenbahnverwaltung erklärt hatte, nichts von diesem Beschuß des Ministerrats offiziell zu wissen, an den diplomatischen Vertreter Polens, Minister Papé, mit der Bitte gewandt, amtlich zu bestätigen, daß der polnische Ministerrat nicht die Absicht habe, eine solche Verordnung einzuführen. Trotz aller dieser Bemühungen der Danziger offiziellen Kreise ist jetzt Danzig doch vor eine vollendete Tatstache gestellt.

Rundschau des Staatsbürgers.

Zwangsvollstreckungsverfahren für Angestellte. Gehälter werden bevorzugt.

Nach einer als Dekret veröffentlichten Verordnung über das Zwangsvollstreckungsverfahren sind für die Angestellten wichtige Neuerungen eingeführt worden. Bisher rangierten die Ansprüche der Angestellten aus Gehältern usw. bei der Zwangsvollstreckung erst an vierter Stelle hinter den öffentlichen und Gemeindeabgaben sowie sonstigen Staatsleistungen. Nunmehr hat ihnen der Gesetzgeber die erste Stelle eingeräumt, so daß diese Ansprüche selbst vor öffentlichen Abgaben rangieren. Nur die Kosten der Zwangsvollstreckung haben den Vorrang. Praktisch hat die Neuerung eine große Bedeutung, weil die eingeklagten Ansprüche der Angestellten im Falle der Zwangsvollstreckung meistens aus Mangel an Masse ausscheiden.

Des weiteren wird die Frage der Pfändung von Angestelltenbezügen besprochen. Wie bisher, kann nur ein Fünftel des Gehalts gepfändet werden, wenn es sich um Alimente handelt, jedoch zwei Fünftel. Neu ist die Bestimmung, daß, sofern es sich um Gehälter von über 1200 Zloty monatlich handelt — sogar 100 Prozent des Überschusses über 1200 Zloty der Pfändung unterliegen.

Nicht gepfändet werden können rückständige Gebühren für Kranken- und Arbeitslosenversicherung, sowie Gegenstände, die dem betreffenden Angestellten zur Ausübung seines Berufes notwendig sind.

Aleine Rundschau.

Wieder Erdstöße auf Chalkidile.

Athen, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Halbinsel Chalkidile, auf der in letzter Zeit durch Erdbeben schwere Schäden angerichtet worden waren, ist wiederum von schweren Erdbebenstößen heimgesucht worden. Zahlreiche Gebäude stürzen ein, die Bewohner flüchten angstvoll ins Freie. Das Erdbeben dehnt sich bis nach Saloniки hin aus, wo die Bevölkerung in großer Aufregung versetzt wurde. Die Behörden tun ihr Bestes, um die Ruhe aufrecht zu erhalten und die Panik in der Bevölkerung abzumildern.

Ein deutscher Dampfer rettet 16 Gotländer.

Stockholm, 2. November. (Eigene Drahtmeldung.) Heute nacht um 11 Uhr hat der deutsche Dampfer „Bothilda Ruff“ 16 junge Gotländer, die man schon tot glaubte, gerettet. Die schwedischen Funkstationen hatten alle Dampfer auf das vermisste Boot aufmerksam gemacht, wobei die „Bothilda Ruff“ ihren Kurs sofort geändert hatte. Die Stockholmer Presse zollt der Rettungstat des deutschen Schiffes große Anerkennung und stellt fest, wie schwierig es gewesen sein müsse, im Dunkel der Nacht das Boot aufzufinden. Die Freude über die Rettung der Totgeglaubten ist in dem kleinen Heimatdorf auf der Insel Gotland unbeschreiblich. Zum Empfang der Schiffbrüchigen hat sich der halbe Ort nach dem Hafen begeben, den der deutsche Dampfer heute vormittag anläuft. Die 16 Geretteten waren Sonntag mittag aufs Meer hinausgefahren, um den Mandern eines russischen Geschwaders zuzusehen.

Neue Kohlenschäden in Sibirien.

Einer Moskauer Meldung zufolge ist es russischen Ingenieuren gelungen, in Ostsibirien im Gebiete des Flusses Buria riesige Kohlenlager zu entdecken. Die neuen Vorkommen werden auf 80 Milliarden Tonnen geschätzt. Man hofft, daß damit die Grundlage für eine neue mächtige Industrie gegeben ist.

Generäuberfall auf einen Geldtransport.

In Erfurt wurde ein toller Raubüberfall verübt, der in allen Einzelheiten an den Überfall auf den BBG-Geldtransport in Charlottenburg erinnert. Zwei Beamte der DD-Bank, die einen größeren Geldbetrag in ihre Filiale bringen sollten, wurden beim Aussteigen aus ihrem Wagen von drei Männern überfallen, die aus einem bereitstehenden Auto sprangen. Die Räuber eröffneten blindlings mit mehreren Pistolen ein Schnellfeuer, das einen Beamten sofort tötete, den anderen lebensgefährlich verletzte. Auch eine vorübergehende Zeitungshändlerin wurde am Knie von einer Kugel getroffen. Als ein Polizeibeamter, durch die Schüsse alarmiert, im Laufschritt herbeilte, stürzten die Täter in den Wagen und rasten davon, ohne die Geldkassette erbeutet zu haben.

5 Tote bei einem Flugzeugabsturz.

Berlin, 3. November. (Eigene Drahtmeldung.) Eine schwere Flugzeug-Katastrophe ereignete sich im Spessart. Das planmäßige Verkehrsflugzeug Nürnberg-Fürth-Frankfurt a. M. D 724 verunglückte infolge Fliegelsbruch und stürzte in der Nähe von Rohrbach ab. 3 Passagiere und 2 Mann Besatzung wurden getötet.

Verlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,
im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Gefahren auf dem Balkan.

(Von unserem Korrespondenten).

Sofia, Ende Oktober.

Der Balkan, der alte Störungsherd im Europa, droht neuwirksam. Wenn auch ein Übergreifen etwaiger Bewegungen über seine eigentlichen Grenzen nicht zu befürchten ist, so kann man doch nicht ohne Besorgnis sehen, wie sich in den verschiedenen Balkanstaaten die Dinge entwickeln. Ausgenommen erscheint die Türkei, die unter der festen Hand Kemals ein im allgemeinen erfreuliches Bild zeigt, wenn auch hier wirtschaftliche Schwierigkeiten nicht fehlen. Dedenfalls versteht es die Regierung, aller Schwierigkeiten Herr zu werden und sie kann ein Übriges tun, um auch in kultureller Hinsicht nicht Unbedeutendes zu leisten. So zieht die Regierung zahlreiche europäische Künstler heran, und wer die Hauptstadt Angora noch vor einem Jahrzehnt kannte, muß über deren Entwicklung außerordentlich erstaunt sein.

Weit ungünstiger liegen die Verhältnisse in Bulgarien. Ausgehend von dem wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der Vereindlung des Bauernstandes, hat sich hier die kommunistische Bewegung in einer Weise entwickelt, die zu ernsten Bedenken Anlaß geben muß. Trotz aller Bemühungen der Regierung ist es nicht gelungen, die zweifellos von Moskau geleitete und erwiesenermaßen mit sowjetrussischem Geld unterstützte kommunistische Bewegung einzudämmen. Sofia selbst hat eine kommunistische Mehrheit in der Stadtverwaltung, in der Sobranie sitzen 21 kommunistische Abgeordnete, die zuletzt anlässlich der Verlesung der Thronrede durch König Boris aus dem Saal geprügelt wurden. Die kommunistische Bewegung erhält, abgesehen von den ausländischen Einflüssen, im Lande selbst Nahrung genug; es ist die vielfach verzweifelte wirtschaftliche Lage und das drückende Elend, das Läufende in die Arme der Moskauer Partei treibt. Die Regierung verschließt sich den Gefahren nicht, die ihr aus diesen revolutionären Reihen drohen und König Boris hat in seiner Thronrede, nicht zuletzt unter dem Eindruck der Skandale, die ihn bei seinem Eintritt in den Saal umtobten, mit der Anwendung der energischesten Mitteln gegen kommunistische Pläne gedroht. Man hat die Seiten Stambulskis noch zu gut in Erinnerung und König Boris denkt an die Tage, da er in Sofia als Gefangener des bolschewistischen Bauerndiktators eine Scheinherrschaft führte. Der König und das Bürgertum können sich allerdings auch heute auf das Heer verlassen, und es könnte leicht geschehen, daß ein weiteres Anschwellen der kommunistischen Bewegung zu einer radikalen und blutigen Lösung dieser Frage, wenigstens für einige Zeit, führt. Man weiß aus Erfahrung, wie auf dem Balkan Parteien über Nacht hinweggefegt werden. Alles kommt darauf an, daß es der Regierung gelingt, über die wirtschaftliche Krise hinwegzukommen, falls mit friedlichen Mitteln ein demokratisches Regime erhalten bleiben soll.

Ernst seien die Verhältnisse in Jugoslawien aus. Man muß sich nicht an die Berichte halten, die von kroatischen Emigranten im Auslande verbreitet werden und die in ihrer Art ein Gegenstück zur Berichterstattung russischer

Emigrantenkreise bilden. Tatsache ist aber, daß sich die Königsdiktatur abgewirtschaftet hat und es kaum wahrscheinlich ist, daß das Regime in seiner heutigen Form noch länger fortgeführt werden kann. Politische und wirtschaftliche Gründe haben den an sich vielleicht nicht ungesunden Gedanken des Königs, die Parteien für eine gewisse Zeit auszuschalten, unmöglich gemacht. Als König Alexander seinerzeit eingriff und erklärte, er wolle das Volk unter seiner persönlichen Verantwortung zur Einigkeit und zum Aufstieg führen, da gab es Läufende, die an seine Mission glaubten. Es würde der Wahrheit widerstreben, wenn man behaupten wollte, daß der König bei Ausführung seiner Diktatur nur daran gedacht habe, das Volk zu serbifizieren, also die Kroaten, die sich heute in der Mehrzahl gegen sein Regime wenden, ihrer Nationalität zu beraubten. König Alexander wollte sich ein einheitliches südslawisches Reich schaffen, das er allerdings von Belgrad aus zu regieren gedachte. Wenn man sich erinnert, bis zu welchen Auswüchsen das Parteiunwesen in Jugoslawien gediehen war, wenn man an die furchterlichen Schießereien in der Skupitschina denkt, dann wird man verstehen, daß im Anfang die Königsdiktatur als Erleichterung empfunden wurde. In der Folge haben allerdings die vom König eingesetzten Regierungen die an sich gutgemeinten Ideen des Königs Alexander in einer Weise vertreten, daß schließlich unter den Kroaten, die man objektivweise als den kulturell weitauß höherstehenden Teil der Bevölkerung bezeichnen muß, wachsende Unzufriedenheit ausbrach, die sich in der letzten Zeit außerordentlich verschärft. Die Bewegung unter den Kroaten hat aber nicht das Ausmaß, das man ihr zuschreiben möchte. Von einer Mazedonisierung des ehemaligen Kroatiens ist noch keine Rede, kleinere Zusammenstöße zwischen unruhigen Elementen und Gendarmen sind alles, was man an äußeren Geschehnissen verzeichnen kann. Daß in der kroatischen Bevölkerung mit dem Belgrader Regime größte Unzufriedenheit herrscht, ist aber Tatsache, wenn auch die von englischer Seite behauptete drohende Revolution übertreibung ist. Immerhin hängt eine reibungslose Entwicklung in Jugoslawien davon ab, daß der König, in dessen Händen alle Entscheidungen liegen, sich einem Föderalismus nähert, der, wenigstens in großen Umrissen, dem Lande jene Ruhe bringen würde, die es angeht, der außerordentlichen schwierigen wirtschaftlichen Lage dringend braucht.

In Rumänien, wo die Regierung die seinerzeit sehr gefährliche kommunistische Bewegung durch drakonische Mittel dauernd niederkalten kann, ist eine Behebung der katastrophalen Wirtschaftslage der Angelpunkt. Rumänien steht am Rande eines Staatsbankrotts, und es ist nur der Guttmütigkeit der Bevölkerung anzuschreiben, wenn es bisher nicht zu ernsthaften Störungen der öffentlichen Ordnung kam. Nirgends sonst in der Welt wäre es Beamte, Lehrer und Polizisten, die monatelang, ohne ihr Gehalt zu empfangen, ruhig ihren Dienst versehen und eine Bevölkerung, die bei äußersten Entbehrungen sich doch nicht zum äußersten Radikalismus bekehrt. Ob es dem König und seinen wechselnden Regierungen gelingen wird, aller drohenden Gefahren Herr zu werden, bleibt abzuwarten.

Roosevelts gegen Roosevelt.

Die amerikanische Wahlslacht auf dem Höhepunkt.

Je näher der 8. November heranrückt, desto höher steigt die Flut der allgemeinen Spannung an, in der das große amerikanische Volk während der Präsidentschaftswahlkampagne schwimmt. Die Demokraten sind voller Zuversicht und erhoffen einen glatten Erfolg für ihren Kandidaten Roosevelt. Sollten sich die Erwartungen auf den Sieg Roosevelts erfüllen, so würde dies eine Umwälzung der alten amerikanischen Regierungstradition bedeuten.

Mit wenigen Ausnahmen sah das Weiße Haus in Washington immer nur republikanische Präsidenten in seinen Mauern. 1854 wurde die republikanische Partei gegründet, kurz darauf ihr erster Präsidentschaftskandidat Abraham Lincoln gewählt. Seitdem vermochten die Demokraten nur zweimal die lange Kette der republikanischen Präsidentschaftswahlzeuge zu durchbrechen. Cleveland und Wilson waren die beiden Präsidenten der USA, die aus den Reihen der demokratischen Partei hervorgingen. In dem heutigen Wahlkampf kommen den Demokraten nicht so sehr die persönlichen Eigenschaften Franklin Roosevelts zugute, als die Tatsache, daß sein Gegenspieler, Hoover, das Unglück hatte, während der vier Jahre seiner Amtszeit das Land des Reichtums und der Prosperität in ein gewaltiges Krisen- und Armutsheer verwandelt zu sehen. Im Grunde genommen unterscheiden sich die beiden großen amerikanischen politischen Parteien wenig voneinander, und die besten Wahlauflösungen der Demokraten sind in der tiefen Enttäuschung der Millionen amerikanischer Wähler begründet, die in der dumpfen Erkenntnis: „So geht es nicht weiter!“ gipfelt.

Diese Stimmung verstanden die Demokraten, in geschicktester Weise für sich auszubauen. Auf seiner großangelegten Wahlturnee durch die Staaten erklärte Roosevelt immer wieder, er würde es besser machen, er würde der Krise und der Erwerbslosigkeit schon längst die Spitze abgebrochen haben. 100 000 Mark bezahlte die Kasse der demokratischen Partei für den Extrazug, mit dem ihr Kandidat 9000 Meilen kreuz und quer durch den nordamerikanischen Kontinent reiste. Er gab Hafergrüße mit den Farmern im Mittelwesten und trank mit ihnen Kaffee aus emailliertem Krug. In Arizona sah er zu, wie die Cowboys ihre Bassos schwangen. Die sentimental Regungen der Wähler richtig einfallsreich, besuchte er in Kalifornien Frau Greenway, die bei seiner Hochzeit Brautjungfrau war. An Sonn- und Feiertagen sprach Roosevelt nicht von Politik. Um seine religiöse Pietät zu unterstreichen, wählte er an solchen Tagen für seine Ansprache ein soziales Thema.

21 Journalisten folgten ihm im Extrazug auf seiner Radereise. Die Presseorgane des großen amerikanischen Zeitungskonzerns Hearst, der mit seinem Material jede sechste Seite aller amerikanischen Blätter füllt, stellten sich voll und ganz in den Dienst der Roosevelt-Propaganda. Bei jeder Gelegenheit erinnerten sie die Wähler, daß Franklin Roosevelt aus einem glänzenden Hause stamme, er, der Neffe des großen Präsidenten Theodor Roosevelt.

Dieses Spiel der Demokraten mit dem „königlichen“ Namen Roosevelts versetzte ihre republikanischen Widersacher in größte Verbitterung. In den letzten Tagen holten sie zu einem wichtigen Gegenangriff aus. Nachdem die demokratische Presse verkündet, Franklin Roosevelts „Smiling“ und seine weißen Zähne erinnern auffallend an das Lächeln und das gesunde Gebiß des „großen Teddy“, holten die Republikaner „Teddy junior“, den Sohn Theodor Roosevelts, von sei-

nem Gouverneurposten auf den Philippinen nach den USA. und ließen ihn in zahlreichen Versammlungen den Demokraten die Zähne zeigen und erklären, daß die ganze Familie Roosevelt mit Ausnahme eines einzigen Abtrünnigen (wichtiger Seitentrieb) von jeher auf das republikanische Parteidokument schwört. Auch Alice Roosevelt, Teddys einzige Tochter, wurde an den republikanischen Propagandawagen gespannt. Die Dame, die „erste Lady“ der Vereinigten Staaten genannt und von dem weiblichen Teil der amerikanischen Bevölkerung verherrlicht wird, trat in Indianapolis und anderen Städten, die als demokratische Burgen gelten, mit Wahrsprachen auf, in denen sie gegen Roosevelt und für Hoover Stellung nahm. Sogar die alte Witwe Theodor Roosevelts wurde nicht verschont. Die alte Frau, die ihren Landsitz in Oyster Bay seit Jahren nicht mehr verlassen hatte, wurde von den demokratischen Parteigängern nach Washington gebracht, wo sie dem Präsidenten Hoover einen demonstrativen Besuch machte und an seiner Tafel speiste.

Roosevelt gegen Roosevelt, dieser neueste Wahlkampf der republikanischen Partei, schlug in die Wählermassen wie eine Bombe ein und trieb viele schwankende Gemüter in das Lager Hoovers zurück. Die letzten Notierungen der amerikanischen Wahlbörse verzeichneten den Standpunkt: Fünfzig zu fünfzig. Die Spannung des spieß- und einschlägigen amerikanischen Volkes ist dadurch auf den Gipfel gestiegen.

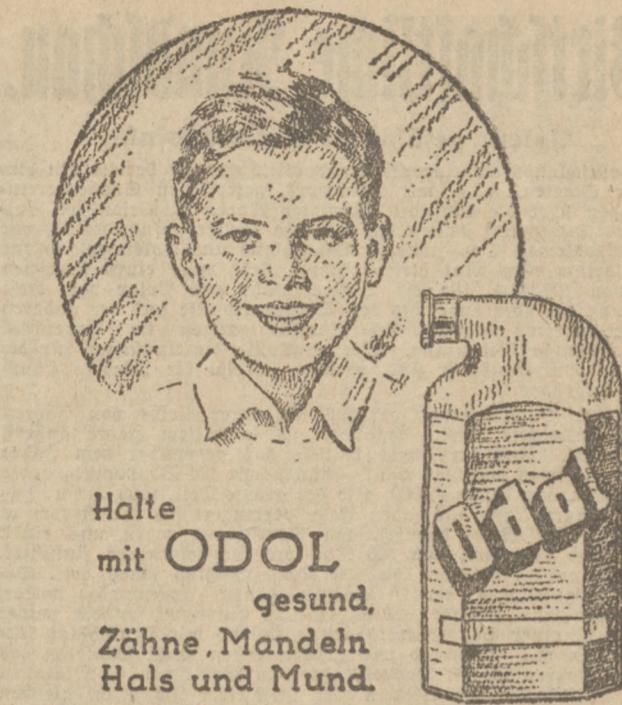
Juristische Rundschau.

Der Anspruch auf Reisekosten der Mitglieder von Wahlkommissionen.

Ob und inwieweit Mitglieder der Wahlkommissionen, insbesondere der Wahlkommissionen für die Sejmwahlen, Anspruch haben können auf Vergütung für Ihre Tätigkeit und Ihren Aufwand, besonders aber auf Vergütung ihrer Reisekosten im Dienste der Wahlaktion, — diese Frage lag dem Obersten Verwaltungsgericht zur definitiven Entscheidung vor.

Gegen die Absage der Reisevergütung eines Mitgliedes einer Wahlkommission im Bereich der Stadt Warschau erhob dieses Mitglied Klage beim Obersten Verwaltungsgericht, indem es sich darauf berief, daß das Lokal der Wahlkommission, der es zugehörte, einer Bezirkswahlkommission (Komisja obwodowa), ganz in einem entfernten Viertel der Stadt lag, so daß es zu diesem Lokal stets zu reisen mußte, außerdem mußte es auch von seinem Wohnhause aus in die Bezirkswahlkommission (okręgowa komisja ryboreza), welche sich im Rathaus befand, fahren und unvermeidliche Reisekosten tragen. Nach Artikel 28 Punkt 1 der Wahlordnung für den Sejm vom 28. Juli 1922 gebühre ihm die Rückvergütung dieser Reisekosten, für welche die Grundlage darin gegeben sei, daß der Kläger außerhalb des Amtssitzes seiner Wahlkommission wohne.

Das Oberste Verwaltungsgericht erkannte den Anspruch auf Vergütung der Reisekosten in diesem Falle als nicht berechtigt, weil — wie das Gericht ausführt — dem Gesetzgeber bei Festsetzung der Bestimmung über die Reisekosten kein anderer Sinn des Begriffes „Reise“ vorwegsehen konnte, als der allgemein gebrachte — einer Reise, die nicht identisch sei mit einer Fahrt von einem Stadtteil in den anderen Stadtteil. Hierauf könne der Gesetzgeber als Personen, welche ihren Wohnsitz außerhalb des Amtssitzes der Wahlkommission haben, nicht diejenigen Personen gemeint haben, die in derselben Stadt wohnen.



Es sei somit als Rechtsgrund festzustellen: „Die in Artikel 28 der Wahlordnung für den Sejm vom 28. Juli 1922 (poz. 590 Dz. Ust.) vorgesehene Rückvergütung der Reisekosten der Mitglieder der Wahlkommissionen bezieht sich nicht auf die Fahrtskosten dieser Mitglieder, die in derselben Stadt wohnen, in welcher die Wahlkommission amtiert.“ (Entscheid des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 11. Oktober 1922 Reg.-Nr. 3774/30.)

Rundfunk-Programm.

Sonnabend, den 5. November.

Königswusterhausen.

06.35: Von Königsberg: Konzert. 10.10—10.40: Schulfunk. 11.00: Stunde der Unterhaltung. 12.00: Wetter. Anschl.: Eine heitere Sonnabendstunde. (Schallplatten.) 14.00: Von Berlin: Konzert. 15.00: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. 16.00: Dr. Heinrich Welten: Warum im Herbst die Blätter fallen? 16.30: Von Hamburg: Konzert. 17.30: Viertelstunde für die Gesundheit. Prof. Dr. D. Raaz: Über Hunger und Appetit. 17.50: Räte Graber: Literarische Visionen (I). 18.05: Musikalische Wochenstunde. Dr. Carl Bröner: Junge Generation und neue Musik (Gespräch). 18.30: Dr. Johannes Günther: Deutsch für Deutsche. 18.55: Wetter. 19.40: Pastor Otto Weidmann: Christus, die Schatzkiste und das Ärgernis der Welt. 20.00: Von Mühlacker: Südwestfunk. 21.00: Wetter, Nachrichten, Sport. Anschl. bis 22.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.35: Von Königsberg: Konzert. 11.00 ca.: Von Königsberg: Konzert. 13.05 ca. und 14.05: Schallplatten. 16.30: Konzert. 18.00: Das Buch des Tages. 18.45: Volksmusik aus den Alpen (Schallplatten). 19.15: Konzert (Schallplatten). 20.00: Seitendienst. 20.30: Weidmannsheil. 22.30—24.00: Unterhaltung und Tanz.

Königsberg-Danzig.

06.35—08.15: Frühkonzert. 09.00: Schulfunkstunde. 11.05: Landwirtschafts-Schulfunk. 11.30—13.20: Mittagskonzert. 13.30 bis 14.30: Schallplatten. 16.00: Unterhaltungskonzert. 17.40: Die Entwicklung der Luftpost. 18.35: Von Studenten und Soldaten. 19.25: Von Danzig: Bläser-Kammermusik. 19.55: Wetter. 20.00: Leichte Chansons und Lieder für große Kinder. Wolf Gohlberg. 22.15: Wetter, Nachrichten, Sport. Anschl. bis 22.30: Von Berlin: Tanzmusik.

Warschau.

12.10—13.10: Schallplatten. 16.25: Schallplatten. 20.00: Leichte Musik. Funforchester. 22.05: Chopin-Klavierkonzert. 23.00 bis 24.00: Tanzmusik.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementssquittung beigelegt werden. Auf dem Kuvert ist der Begriff „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt.

Q. Q. M. 1. Nur wenn Sie über dieses Einkommen Ihrer Tochter verfügen können, kann es Ihrem Einkommen zugerechnet und mit diesem versteuert werden (Art. 11 des Einkommensteuergesetzes). 2. Von den Nummern der Anfeindungsbeschwerde ist diesmal keine gezogen worden.

Dr. A. M. Danzig. In Polen sind die Hypothekenzinsen weder durch Gesetz noch durch Notverordnung herabgesetzt, und der Gläubiger ist in keiner Weise verpflichtet, Anträgen des Schuldners auf Binsberabsetzung stattzugeben. Das Gericht hat auf die Binsenhöhe, wenn diese sich in den gesetzlichen Grenzen hält (höchster Binsatz 15 Prozent), keinen Einfluss. Nur bei Aufwertungshypothesen darf der ursprüngliche Binsatz nicht erhöht werden, wenn nicht durch Kündigung die Hypothek fällig geworden ist.

Warszawa Nr. 18. Die beiden Erbinnen brauchen nichts weiter als den Erbschein, den sie bei Gericht nachzuholen müssen. In dem Antrag auf Erteilung des Erbscheins haben die beiden Töchter, die gesetzliche Erben sind, anzugeben: die Zeit des Todes der Eltern, ferner ob noch andere Personen vorhanden sind, die Anspruch auf die Erbschaft erheben könnten, und ob von den Eltern ein Testament errichtet worden ist. Wenn die beiden Töchter den Erbschein haben, können sie über das Grundstück nach Belieben verfügen und brauchen vom Gericht zum Verkauf keine Genehmigung. Kommt der Verkauf zu Stande, dann gehen die Verkäuferinnen mit dem Käufer zum Grundbuchamt und beantragen die Übertragung des Grundstücks auf den Käufer. Die minderjährige Erbin muss aber durch den Vormund dabei vertreten werden. Es ist aber nicht ratsam, daß der Käufer auf dem Grundstück Bauten ausführt, bevor er Auflösung hat.

H. B. 100. Angestellte haben Anspruch auf eine Kündigung von vollen 3 Monaten. Die Vereinbarung einer monatlichen Kündigung ist nichtig. Wohnung und Unterhalt kann man unter den heutigen Verhältnissen auf dem Lande auf etwa 75 Zloty monatlich verlangen. Wenn also kein wichtiger Grund für eine sofortige Entlassung vorliegt, müßte die Betreffende für 3 Monate entzögigt werden. Liegt aber ein wichtiger Grund vor, so kann sofortige Entlassung ohne jede Entzöglichung erfolgen. Ein wichtiger Grund liegt z. B. vor, wenn die Angestellte das Vertrauen missbraucht, wenn die Angestellte den Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin oder deren Vertreter beleidigt, wenn die Angestellte wesentliche Bedingungen für ihre Anstellung nicht entspricht. Wenn die Anstellung erfolgt ist auf Grund falscher Zeugnisse der Angestellten. Die Entlohnung hat, wenn nichts anderes vereinbart ist, in polnischer Währung zu erfolgen. Nur wenn dies ausdrücklich vereinbart worden ist, läuft der Danziger Gulden in Frage.

Unsere Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Öfferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst an die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Birtschaftliche Rundschau.

Polen's gefährdete Butterausfuhr.

Deutschlands Kontingentierungspolitik und die bereits mit einzelnen Staaten, u. a. mit Dänemark, getroffenen Sondervereinbarungen über die Einführung bestimmter Waren (insbesondere Butter aus Dänemark) stellten die polnische Butterausfuhr wieder vor neue Probleme. Das zwischen Deutschland und Polen geschlossene Provisorium vom Mai dieses Jahres sieht zwar einen deutschen Zoll von 100 Rm. für die Butterausfuhr aus Polen vor, diese Regelung hat aber angeblich der Weltmarktpreis und der anderen Importländern eingeräumte Vergünstigungen im Augenblick keine praktische Bedeutung. Wie ungünstig die Aussichten für die polnische Butterausfuhr sind, darüber schreibt die "Gazeta Handlowa" folgendes:

"Unser Butterexport, der sich seit einer Reihe von Jahren günstig entwickelt hatte, gestaltete sich in diesem Jahre äußerst katastrophal. Noch im Jahre 1931 — das gegenüber dem Jahre 1930 schon etwas schlechter war — hatten wir 124 000 Doppelzentner ausgeführt, von denen 72 000, also der größte Teil, nach Deutschland gingen. Im laufenden Jahr verringert sich der Export in beträchtlicher Weise dadurch, daß Deutschland gegen uns einen autonomen Kompott von 100 Rm. pro Doppelzentner einführt, während andere Staaten nur 50 Rm. zuzüglich eines evtl. Devaluationszuschlages, der in einigen Fällen angewandt wurde, zahlen müssen. Dieser Zollsat ist nicht autonom, sondern wurde auf Grund einer Sondervereinbarung Polens mit Deutschland festgelegt. D. R.) Während wir in den ersten neun Monaten des vorjährigen Jahres 104 000 Doppelzentner im Wert von 48 Millionen Zloty ausführten, exportierten wir in diesem Jahre im gleichen Zeitraum nur 12 000 Doppelzentner im Wert von 3,7 Millionen, von denen 6 auf Deutschland entfallen. Diese Behinderung unseres Exportes nach Deutschland wird weiter andauern. Nach dem neuen Kontingentierungsplan nämlich, die, was die Butter betrifft — denn bei den anderen Kontingenzen ist Deutschland bei den übrigen Staaten auf heftigen Widerstand gestoßen — am 15. November in Kraft treten werden, wird das polnische Kontingent auf die Hälfte des Jahres 1931, also auf 36 000 Doppelzentner, verringert werden. Der ganze Butterimport nach Deutschland betrug im Jahre 1930 1 332 000 und im Jahre 1931 1 002 000 Doppelzentner; gegenwärtig wird der gesamte Import um die Hälfte, also auf 550 000 Doppelzentner im Jahr herabgesetzt werden, und von dieser Gesamtsumme erhalten die einzelnen Länder prozentuale Kontingenzen, die für Dänemark 178 000 Doppelzentner betragen, für Polen 86 000, für Estland 33 000, für Finnland 21 000, für Lettland 57 000, für Holland 16 000, für Schweden 44 000, für Russland 24 000 und für Litauen 21 000 Doppelzentner. Außerdem sind die Devaluationszusätzl. auf 86 Rm. verringert worden, was zusammen mit dem Grundzoll von 50 Rm. 86 Rm. ergeben würde, so daß einige Länder, wie Dänemark und Holland, in Zukunft mehr nach Deutschland ausführen können, als bisher im Rahmen eines Kontingenzen von 50 000 Doppelzentnern bei einem Zoll von 50 Rm. und über dieses Quantum hinaus bei einem autonomen Zoll. So zahlt beispielweise Dänemark, das 5000 To. bei einem Zoll von 86 Rm. und über dieses Quantum hinaus bei einem Zoll von 186 Rm. exportierte, durchschnittlich 115 Rm. Zoll pro Doppelzentner. Fest wird es dagegen durchweg 78 Rm. Zoll bezahlen und bei diesem kombinierten Zoll nur 114 000 Doppelzentner exportieren. Ähnlich steht die Sache für Holland. Das politische Kontingent von 36 000 Doppelzentnern steht nur auf dem Papier, denn bei einem Zoll von 100 Rm. ist bei den heutigen Weltpreisen unser Export vollkommen unmöglich."

Auch der Export Polens auf die anderen Märkte hat sich wesentlich verschlechtert. Die Ausfuhr nach Frankreich, nach der Schweiz und nach England verringert sich immer mehr unter dem Einfluß der Zölle dieser Länder, nach Österreich und der Tschechoslowakei ist sie gering. Wir haben in diesem Jahre noch eine bedeutende Menge nach Belgien ausgeführt. Das Sintern unserer Ausfuhr ist auch auf das Sinken der Preise auf den Weltmärkten, auf die Krise in der Landwirtschaft und auf die verringerte Milchproduktion zurückzuführen, die so zurückgegangen ist, daß kaum Ware für den Export vorhanden ist und sogar — wie wir kürzlich berichteten — ausländische Butter eingeführt wurde, weshalb die Einfuhrzölle erhöht wurden."

Kredithilfe für landwirtschaftliche Genossenschaften.

Angesichts der Fortdauer der Wirtschaftsdepression und der Finanzschwierigkeiten ist eine Erweiterung der finanziellen Hilfe für Kreditinstitute in Polen geplant. Der bereits ausgearbeitete Gesetzentwurf sieht eine Finanzhilfe in Form von Krediten, Übernahme eines Teils oder des ganzen Aktienkapitals, Gewährung staatlicher Garantien und anderer Erleichterungen im Rahmen von Kontingenzen vor, deren Höhe nach Bedarf gesteigert werden soll. Eine gesetzliche Regelung hat sich mit Rücksicht auf den drohenden Zusammenbruch zahlreicher genossenschaftlicher Kreditinstitute als notwendig erwiesen. Zunächst hat das Finanzministerium für diese Hilfsaktion 100 Millionen Zloty bereitgestellt.

Praktisch soll auch denjenigen Kreditinstituten die Möglichkeit der Kreditfinanzierung gegeben werden, die über kein entsprechendes Wechselpapiergebot verfügen. In erster Linie kommt die Erleichterung landwirtschaftlichen Genossenschaften zugute. Ursprünglich war an die Verflüssigung der laufenden Rechnungen und an die Ausstellung von Akzepten gedacht, die sich zur Diskontierung bei der Bank Polski eignen. Dieser Plan soll aber, wie es heißt, inzwischen fallen gelassen worden sein. Die Kredite der Bank Polski sollen neuerdings durch ein entsprechendes Portefeuille an festverzinslichen Papieren gesichert werden. In polnischen Finanz- und Wirtschaftskreisen vertritt man die Ansicht, daß diese Maßnahmen große Bedeutung für die Sanierung der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften aufzuweisen. Die betreffende Verordnung ist im Dz. Ust. Nr. 94/1932 erschienen.

Russlands Kartoffel-Zehlernte.

Dem "Berliner Tageblatt" wird aus Moskau über das Gesamtergebnis der diesjährigen russischen Kartoffelernte folgendes mitgeteilt:

Die Sorge um Aufbringung und Verteilung der Lebensmittel steht zurzeit im Vordergrund des öffentlichen Lebens der Sowjetunion. Der Oktober-Monatsplan für die Bereitstellung von Kartoffeln in den Erzeugungsgebieten ist bis zum 25. Oktober in der Gesamtsumme nur zu 45,2 Prozent erfüllt worden. Damit erreicht der Gesamtbahnsplan für die Kartoffelbereitstellung bis zu diesem für russische Verhältnisse späten Datum nur 38,1 Prozent, so daß das Endergebnis erheblich hinter den Erwartungen und Notwendigkeiten zurückbleiben dürfte.

Unangenehm an diese Tatsache ist die große territoriale Verschiedenheit der Ergebnisse, die hinter dieser Durchschnittsziffer steht: während bisher kein einziges Gebiet mehr als zwei Drittel des Jahresplanes erreichte, erfüllte zum Beispiel das Niederwolga-gebiet nur 12,2 Prozent, die Ukraine nur 22,2 Prozent. Dieses in der Öffentlichkeit scharf kritisierte Zurückbleiben beruht nicht auf der teilweise unbefriedigenden Ernte, sondern auch auf der Konkurrenz, die die staatliche Aufbringung durch die Lockerung des freien Marktes bringt, an dem zu sehr hohen Preisen Kartoffeln verkauft werden. Verhältnismäßig befriedigend verläuft die Winterausaat von Getreide, die nach offiziellen Angaben bis zum 25. Oktober bereits zu 84,5 Prozent durchgeführt war. Das Pflügen des Bodens für die Frühjahrsausaat jedoch, das bei den russischen Boden- und Klimaverhältnissen besonders wichtige Voraussetzung für die Erzielung eines guten Ergebnisses im folgenden Jahre ist, erscheint sehr unbefriedigend mit 39,3 Prozent des aufgestellten Planes.

Staatshilfe für polnische Privatbanken? Wie die "Gazeta Handl." erfahren haben will, soll sich das Finanzministerium mit der Ausarbeitung eines Gesetzes beschäftigen, durch welches es zur finanziellen Hilfeleistung für in Schwierigkeiten geratene private Kreditinstitute ermächtigt werden soll. Für solche Hilfeleistungen soll ein besonderer Fonds bereitgestellt werden, aus dem notleidenden Banken Anleihen gewährt und die Übernahme von Aktienpaketen bedürftiger privater Finanzinstitute finanziert werden sollen.

Wirtschaftsmeldungen.

v. Gdingen (Gdynia). In Sachen des Konkursverfahrens über das Vermögen der Katarzyna Starkmann, Inhaberin der "Gdynia Hurtownia Kolonialna in Gdingen", Termin am 26. November 1932, 10 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 33.

v. Renmark (Nowemiasio). Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Paweł Piotrowski in Neumarkt an der Drewenz Vergleichstermin am 15. November 1932, 11 Uhr, im Bürgergericht, Zimmer 10.

Bundsbaisse stört die Weltwirtschaft.

Ein warnendes Beispiel gegen Währungsexperimente.

Vor kurzem weiste Montagu Norman, der Gouverneur der Bank von England, incognito unter dem nichtssagenden Pseudonym eines Mr. Skinner in New York. Zu dieser eigenartigen Maßnahme sah er sich nicht veranlaßt, um Okklusionen und festlichen Empfängen zu entgehen, sondern aus einem viel einschärfenderen Grunde. Das Geschäft, das er zu besprechen hatte, erforderte strengste Disziplin. Man weiß, daß Montagu mit Hoover zusammengekommen ist, um mit ihm über die Zahlung bzw. Nichtzahlung der am 15. Dezember fälligen englischen Kriegsschuld an Amerika in Höhe von 30 Millionen Pfund zu verhandeln. Hier liegt nämlich

eine der vielen noch offenen Wunden der endgültigen Liquidierung des Weltkrieges.

Denn in Vucano hat man nur eine scheinbare Operation vorgenommen, die erst dann erfolgreich zu sein vermag, wenn eine Einigung mit Amerika in der Kriegsschuldenfrage erfolgt.

England, sowie alle an der Pfundstabilisierung interessierten Kreise wünschen einen Sieg Hoovers im Wahlkampf, da man annimmt, daß der augenblickliche amerikanische Präsident in der Kriegsschuldenfrage mehr Nachgiebigkeit beweisen wird als Roosevelt.

Die Zahlung von 30 Millionen Pfund hängt über der englischen Wirtschaft wie ein Damokles-Schwert, und sie hat im wesentlichen dazu beigetragen, den plötzlichen Verfall des Pfundes zu beschleunigen. Im Ausland war man über das Ausmaß des neuen Pfundsturzes überrascht, zumal das Pfund seit August 1932 auf einer Basis zwischen 8,45 und 8,50 Dollar stabilisiert worden war. Fest rechnet man sogar damit, daß das Pfund auf 8,90 oder auf 9 Dollar zurückgeht. Wie ist es zu diesem Pfundsturz gekommen?

Ausgelöst wurde er durch ein Doppelspiel der Kräfte, nämlich durch eine Verschärfung der auf den Pfundkurs drückenden Momente und durch die plötzlich auftretende Interventionstätigkeit. Die Pfundschwäche kann unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die Währung nicht stabilisiert ist, nicht überraschen. Denn um diese Zeit ergibt sich unter dem Einfluß der saisonalen Einfuhr ein starker Druck auf das Pfund, der in diesem Jahr noch dadurch wesentlich verstärkt worden ist, daß die Lösung von 165 Millionen Pfund englischer Kriegsanleihen droht bzw. verschoben wird. Nachdem die Anleihekonzertierung durchgeführt ist, hätte man kein direktes Interesse mehr daran, das Pfund auf Kosten des im Frühjahr gebildeten Interventionssonds weiter zu halten, noch dazu,

da man sich nicht darüber im klaren ist, welches der natürliche Stabilisierungspunkt der englischen Währung ist.

Bei diesen Überlegungen findet sich nur ein Fehler, daß wahrscheinlich eine solche Grenze überhaupt nicht festgesetzt werden kann, mindestens solange nicht, wie man sich über den Zeitpunkt der Währungsstabilisierung im unklaren ist. Die englische Wirtschaft und die Weltwirtschaft hat dieser Tatsache, die die offiziellen englischen Stellen nicht anerkennen wollen, dadurch in weitgehendem Maße Rechnung getragen, als sofort beim Auftauchen irgendwelcher Beunruhigungsfaktoren eine sehr empfindliche Pfund schwäche eintritt.

Man nimmt in England den Pfundsturz noch immer nicht sehr tragisch. Da übersteht man, daß die Folgen dieser Bewegung immer schwerwiegender werden, je länger man sich nicht zu einem Entschluß aufrafft. Es wird ein eigenartiges Spiel in der Diskussion getrieben. Englische Wirtschaftler erklären, die Pfundschwankungen und die Pfundschwäche würden hervorgerufen durch die Unsicherheit der handelspolitischen Lage. Demgegenüber erklären alle anderen Staaten, daß in Wirklichkeit die Verhältnisse genau umgedreht liegen. Alle Tendenzen zu einer Wirtschafts- und Preisstabilisierung würden durch die Pfundschwankungen zunächst

gemacht; denn sie beunruhigen die Weltmarktlage stets aufs neue. Wenn auch nicht immer bei der Mehrheit das Recht liegt, so muß man sich in Beziehung auf das englische Pfund der Mehrheit anschließen.

Man vergißt in England, daß durch die Politik der Bank von England, die als so schädlich erkannten deflationistischen Strömungen in der Welt dauernd einen neuen Auftrieb erhalten.

England betreibt zweifellos ein Balance of payments, das sich vielleicht am deutlichsten bei den Frachten zeigt. Um konkurrenzfähig zu bleiben, haben die übrigen Länder seine Möglichkeit, als ebenfalls ihre Preise herabzusetzen, also neue Deflation, d. h. Steigerung der Kaufkraft des Geldes unter gleichzeitiger Herabdrückung des Einnahmen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß England durch seine Politik keinerlei Vorteile für seine Wirtschaft zieht. Die Arbeitslosigkeit ist heute größer als bei der Aufgabe des Goldstandards. Das Preisniveau beginnt wieder zu steigen und die effektiven Vermögensverluste wachsen, wie weiter das Pfund sinkt. Wenn inflationistische Ereignungen nicht so deutlich bemerkbar sind, so liegt dies daran, daß die rein zahlenmäßige Preissteigerung verhältnismäßig gering infolge der fortwährenden Deflation ist. Seit dem 30. 9. 1931 sind die auf Gold umgerechneten Preise um etwa 12 Prozent gesunken, und zwar von 94,7 auf 84 Prozent. Die Sterlingpreise machen diese Bewegung noch bis zum Juni mit. Der Preisindex fiel von 107,8 auf 97,4. Er steht jetzt bereits auf 108,1 und muß weiter anwachsen, je mehr England seine großen Vorräte verbraucht.

Man ist sich in England über die Gefahren der Politik, die hier getrieben wird, nicht klar, da die Auswirkungen der Währungsänderung in diesem an Inflationserfahrungen armen Land zunächst nur langsam in Erscheinung treten. Da eine internationale Preisangleichung erfolgen muß, versteht sich von selbst. Erst wenn dieser Zustand eingetreten ist, wird man in England begreifen, was durch die Aufgabe des Goldstandards an Vermögenswerten verloren gegangen ist. Daß sich England auf dem Wege der Preissteigerungen im Innern befindet, zeigen die angeführten Zahlen. Außerdem erwies sich, daß sich auch die englische Wirtschaft nicht von der Weltwirtschaft loslösen kann. Der letzte Zeitpunkt für die Aufgabe des bedeutenden Währungsexperiments wäre die Weltwirtschaftskonferenz, auf der England das Geschenk seiner Pfundstabilisierung anbietet kann, an dem alle Staaten infolge der Schwankungen der englischen Währung größtes Interesse haben. Wird auch dieser Zeitpunkt verpaßt, so wird in erster Linie England selbst der Leidtragende sein. Jedenfalls ergibt sich für alle Staaten Europas, daß das Festhalten an der Währungsstabilität der einzige richtige Weg ist; denn in jedem an Inflationserfahrungen reichen Lande wäre die Entwicklung, in der sich England jetzt befindet, in beschleunigtem Tempo vor sich gegangen, so daß selbst von einer zeitweiligen Erleichterung infolge Inflationsmanövern keine Riede gewesen wäre.

Pfundstärke durch Anleihesubskription.

Nach den Baissetagen weist die Kursentwicklung des Pfundes wieder eine Aufwärtsbewegung auf. Eine ähnliche Kurzbeschränkung erfuhr das Pfund am Mittwoch. Der Hauptgrund muß vorerst darin gesucht werden, daß die Englische Regierung eine neue innere Anleihe ausschreibt. Unter dem Eindruck dieser Tatsache ist die Aufgabe des Goldstandards an Vermögenswerten verloren gegangen. Daß sich England auf dem Wege der Preissteigerungen im Innern befindet, zeigen die angeführten Zahlen. Außerdem erwies sich, daß sich auch die englische Wirtschaft nicht von der Weltwirtschaft loslösen kann. Der letzte Zeitpunkt für die Aufgabe des bedeutenden Währungsexperiments wäre die Weltwirtschaftskonferenz, auf der England das Geschenk seiner Pfundstabilisierung anbietet kann, an dem alle Staaten infolge der Schwankungen der englischen Währung größtes Interesse haben. Wird auch dieser Zeitpunkt verpaßt, so wird in erster Linie England selbst der Leidtragende sein. Jedenfalls ergibt sich für alle Staaten Europas, daß das Festhalten an der Währungsstabilität der einzige richtige Weg ist; denn in jedem an Inflationserfahrungen reichen Lande wäre die Entwicklung, in der sich England jetzt befindet, in beschleunigtem Tempo vor sich gegangen, so daß selbst von einer zeitweiligen Erleichterung infolge Inflationsmanövern keine Riede gewesen wäre.

Produktionsmarkt.

Warschau, 2. November. Getreide, Mehl und Futtermittel-Ablösse auf der Getreide- und Marenbörse für 100 Rz. Varität Roggen 16 25—16,75. Einheitsweizen 28,00 bis 28,50. Sammelweizen 26,00—26,50. Einheitshafer 17,00 bis 17,50. Sammelhafer 16,25—16,50. Grünehafer 16,00—16,50. Braugerste 17,00—18,00. Speiselerberbe 24,00—26,00. Bitterhaerbien 26,00—29,00. Winterrap 48,00—49,00. Rottiere ohne dicke Flachsiede 125,00—140,00. Rottiere ohne Flachsiede bis 97% gereinigt 130,00 bis 145,00. roher Weißflee 120,00—150,00. roher Weißflee bis 97% gereinigt 160,00—210,00. Luxus-Weizenmehl 45,00—50,00. Weizenmehl 4/0 40,00—45,00. Roggenmehl I 28,00—30,00. Roggenmehl II 22,00 bis 24,00. Roggenmehl III 22,00—24,00. grobe Weizenkleie 11,00—11,50. mittlere 10,50—11,00. Roggenkleie 9,00—9,50. Leinfuchen 21,00—21,50. Rapstuchen 16,50—17,00. Sonnenblumenkuchen 17,50—18,00. doppelt gereinigte Seradella —, blaue Lupinen —, gelbe —, Beluschen 16,50—17,50. Wicke —. Umläufe 2816 to. davon 276 to Roggen. Tendenz: ruhig.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 2. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Preishäufigkeiten:

Weizen	22,50—23,50	Sommerweide
Roggen	14,40—14,60	blaue Lupinen
Mahlgerste 64—66 kg	13,50—14,00	gelbe Lupinen
Mahlgerste 68—69 kg	14,00—14,75	Raps
Braugerste	16,00—17,50	Futterkartoffeln pro Kilo %
Hafer	13,75—14,00	Senf
Roggenmehl (65%)	22,50—23,50	Blauer Mohr
Weizenmehl (65%)	35,50—37,50	Weizenflocke, lose
Weizenfleie	9,00—10,00	Roggenflocke, lose
Weizenfleie (groß)	10,00—11,00	Hafer, lose
Roggenfleie	8,75—9,00	Heu, lose
Winterrüben	35,00—40,00	Heu, gepreßt
Beluschen	—	Reiskehe, lose
Hederbien	—	Reiskehe, gepreßt
Bitterhaerbien	21,00—24,00	Sonnenblumenkuchen
Folgererbien	31,00—34,00	fischen 48—48%

Gesamtrendenz: ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen: Roggen 90 to, Gerste 15 to.

Nach dem Urteil der Börse war die Tendenz für Roggen, Weizen, Braugerste, Mahlgerste, Hafer, märl. 134,00—139,00, Mais